

Landesinfo Baden-Württemberg



Aktionskarte der LINKEN

Bewegung

**Stuttgart: 40.000
gegen TTIP & CETA**

S. 4

Wohnen

**Bezahlbarer
Wohnraum für alle!**

ab S. 7

RL-Stiftung

**KPD-Verbot 1956
Broschüre**

S. 18

Gesundheit

**Pflegeaufstand
gegen Pflegeno-
tstand**

S. 6

Die LINKE vor Ort

**Kommunalpoliti-
sche Initiativen**

ab S. 16

Bundestagswahl 2017

**Vorstellungen zur
Landesliste**

ab S. 19

Inhalt

■ ■ ■
B. Riexinger: Rentenpolitisches Versagen der großen Koalition 5

■ ■ ■
E. Capece: Sozialpartnerschaft war vorgestern! Kapitalismus pur ist Realität jetzt 9

■ ■ ■
S. Skubsch: Bildungspolitik geht alle an 10

■ ■ ■
A. Groth: Strobl im AfD Modus 13

■ ■ ■
Frauen in die LINKE 14

■ ■ ■
R. Bürgel: Solidarität mit der HDP 15

■ ■ ■
E. Korn: Bildungspolitik der AfD 17

■ ■ ■
Kriterien zur Kandidatur auf der Landesliste 29

Das nächste Landesinfo erscheint: März 2017

Redaktionsschluss für das Landesinfo 1/2017 ist der 28. Februar 2017.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilagenhinweis: KLAR Zeitschrift Bundestagsfraktion

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach, Alfred Küstler, Matthias Paykowski, David Schecher, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Dagmar Uhlig.

Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: Landesverband DIE LINKE Baden-Württemberg e-mail: lgs@die-linke-bw.de

Druck: VisitYou.de, Echterdingen

www.die-linke-bw.de/

Ein herzliches Willkommen an alle Neumitglieder

DIE LINKE ist nicht nur eine Partei für Wahltag. Wir sind sozial auch nach der Wahl. Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung, Armut und soziale Ausgrenzung steht bei uns ständig im Mittelpunkt der politischen Arbeit. Das gilt für die Bundesebene genauso wie für die Arbeit der Kreisverbände und der kommunal engagierten Mitglieder. Wir haben im vergangenen Jahr den Einzug in den Landtag nicht geschafft. Aber wir haben dieses Jahr über 400 neue Mitglieder in Baden-Württemberg gewonnen, die sich mit uns einsetzen für einen demokratischen Sozialismus, für eine Gesellschaft ohne Rassismus, ohne Krieg und ohne Aus-

beutung. Angesichts der sogenannten „Parteienverdrossenheit“ sind steigende Mitgliederzahlen ein großer Erfolg. Ein herzliches Willkommen an alle „Neuen“. Ihr seid herzlich eingeladen mitzuarbeiten: in den Kreisverbänden, in den Zusammenschlüssen, Arbeitsgruppen und Initiativen in und um DIE LINKE herum. Vor allem in den ländlich strukturierten Flächenkreisen des Landes fehlen uns Mitglieder, die bereit sind, Aufgaben zu übernehmen und vor Ort Ansprechpartner für linke Politik zu sein. Im kommenden Jahr wird es dazu vermehrt politische Bildungsangebote in den Regionen geben.

Spendenaufwurf für den Bundestagswahlkampf 2017

Derzeit nominieren wir in 38 Wahlkreisen des Landes die DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl im Herbst 2017. Sie werden das Aushängeschild der LINKEN im Wahlkampf vor Ort sein und für die notwendigen Zweitstimmen werben. Am 28. Januar wird in Stuttgart die Landesliste gewählt. Die Auswahlkriterien, die der Landesvorstand und die Bundespartei an unsere Bewerberinnen und Bewerber für die Landeslistenplätze stellen, sind in diesem Heft beschrieben. Wir haben bislang fünf Bundestagsabgeordnete im Land. Unser Ziel sind zukünftig mindestens sechs Abgeordnete und das Überspringen der 5%-Hürde in Baden-Württemberg. Einmal, im Jahr 2009, haben wir das bei einer Bundestagswahl bereits geschafft.

Wahlkampf kostet Geld. Ohne Präsenz mit Plakaten, Handzetteln, Wahlzeitungen, Spots und neuen Medien sind wir im öffentlichen Raum nicht wahrnehmbar. Für teure Anzeigenkampagnen haben wir kein Geld. Wir erhalten keine Großspenden aus Konzernnetzen und von dem Arbeitgeberverband Südwestmetall. Wir bitten deshalb zum Jahresende Euch und alle, welche die Partei DIE LINKE unterstützen wollen: Spendet für den Bundestagswahlkampf 2017. Spenden sind auch aufgabenbezogen für den Wahlantritt im eigenen Kreisverband möglich. Die Spenden werden bescheinigt und sind steuer-

lich absetzbar.

Zudem bitten wir alle Mitglieder: Prüft, ob Ihr Euren monatlichen Mitgliedsbeitrag anheben könnt. Schon ein Euro mehr im Monat trägt dazu bei, wichtige Mittel für die Präsenz und Politik im Land zu sichern, wie die Regionalbüros, den Internetauftritt oder Werbemittel der Kreisverbände. Unser Ziel in 2017 ist es, einen Durchschnittsbeitrag pro Mitglied und Monat in Höhe von 10 Euro zu erreichen. Wir wissen, nicht alle können 10 Euro Monatsbeitrag bezahlen. Aber manche können vielleicht etwas mehr zahlen als bisher – solidarisch.

Wir wünschen allen Mitgliedern und allen Freundinnen und Freunden der LINKEN in Baden-Württemberg zum Jahresende erholsame Feiertage und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2017.

Geschäftsführender Landesvorstand:
Elwis Capece, Kathleen Kamprath, Sahra Mirow, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit

Bankverbindung für Spenden und Beiträge, DIE LINKE Baden-Württemberg:
Postbank Stuttgart; IBAN DE58 6001 0070 0289 5827 00; BIC PBNKDEFF; (BLZ: 600 100 70, Konto: 289 5827 00). Parteispenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

Hinweis zum Thema Mitgliedsbeiträge

Der Landesvorstand bittet alle Mitglieder, die 2016 keine Beiträge bezahlt haben, dies nachzuholen. Wer dazu Fragen oder Probleme damit hat, kann sich im Landesbüro melden. Einige Mitglieder, die bereits längere Zeit beitrags säumig sind, wurden vom Landesbüro vor einigen Wochen postalisch darauf hingewiesen, dass ihre Mitgliederrechte und ihre Mitgliedschaft nach Satzung dann enden, wenn sie der Beitragspflicht auf Dauer nicht nachkommen, wenn sie auf Anschreiben nicht reagieren oder wenn

der zuständige Kreisvorstand nicht auf Antrag die Beitragspflicht vorübergehend ausgesetzt hat. Das ist im Einzelfall zulässig, denn wir wollen nach Möglichkeit kein Mitglied verlieren. Das Landesbüro wird aber nach § 5 Landesstatut und entsprechend Landesvorstandsbeschluss sowie nach Rücksprache mit den jeweiligen Kreisvorständen zum Jahresende diejenigen Mitglieder aus der Mitgliederdatei nehmen, die weder 2015 noch 2016 bezahlt haben. Dafür bitten wir um Verständnis.

Agenda der Solidarität für eine inklusive Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph Butterwegge ist der Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten

Am 12. Februar 2017 wählt die 16. Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, dessen einzige Aufgabe es ist, den Bundespräsidenten zu wählen.

Die 16. Bundesversammlung besteht aus den 630 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden - insgesamt also aus 1.260 Mitglieder. DIE LINKE ist durch 94 Mitglieder in der 16. Bundesversammlung vertreten. Professor Christoph Butterwegge bewirbt sich für DIE LINKE um das Amt des Bundespräsidenten.

Beweggründe von Christoph Butterwegge für die Bewerbung um das Bundespräsidentenamt

Mit meiner Kandidatur möchte ich die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren, denn obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinanderfällt,

nimmt das Establishment diesen Polarisierungsprozess nicht oder falsch wahr.

Außerdem möchte ich der weiteren Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch neoliberale Reformen entgegenzutreten - gerade wird die Privatisierung der Autobahnen und damit ein neuerlicher Höhepunkt der Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche vorbereitet - sowie jenen Teilen der Bevölkerung eine politische Stimme geben, die immer stärker ausgegrenzt werden.

Der gesamte Text kann eingesehen werden unter:



<https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/bundespraesidentenwahl-2017/beweggruende/>

Vier regionale Mitgliedertreffen

Die Kreisvorstände und Mitglieder in Baden-Württemberg sind eingeladen, sich auf vier regionalen Mitgliedertreffen über die Aufgaben im bevorstehenden Bundestagswahljahr zu verständigen und die Bewerbungen für die Wahl der Landesliste zur LandesvertreterInnenversammlung am 28. Januar vor zu beraten.

Tagesordnungsvorschlag

1. Begrüßung
2. Vorstellung der DMDS-Kampagne:

- 100.000 Pflegestellen mehr
3. Diskussion über die Wahlstrategie und Programm zur Bundestagswahl
4. Diskussion zum Stand der Bewerbungen zur Landesliste

Nordbaden, Karlsruhe

am Samstag, **3. Dezember 2016**, um 12 Uhr bis 16 Uhr, Verdi-Karlsruhe (7.OG), Ruppurrer Straße 1a, 76137 Karlsruhe

Nord-Württemberg, Heilbronn

am Samstag, **10. Dezember** um 13 Uhr

bis 16 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gartenstr. 64, 74072 Heilbronn

Süd-Württemberg, Friedrichshafen

Sonntag, **11. Dezember** um 10.30 Uhr, VfB Gaststätte, Teuringer Str. 2, 88045 Friedrichshafen.

Südbaden, Freiburg

am Samstag, **14. Januar 2017** um 13 Uhr, Mensa der Hebelschule, Engelberger Straße 2, 79106 Freiburg

LandesvertreterInnenversammlung

Wahl der Landesliste zum Bundestag

Samstag, 28. Januar 2017, Einlass ab 9 Uhr, Beginn 10.30 h, im Bürgerhaus Stuttgart-Möhringen, Fil-derbahnplatz 32, 70567 Stuttgart (S-Möhringen)

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Konstituierung: Wahl der Versammlungsleitung, Mandatsprüfung, Zählkommission, Vertrauensleute, eidesstattlich Versichernde
3. Größe der Landesliste
4. Feststellung zur Wahlordnung
5. Vorstellung und Wahl der Landesliste, Plätze 1-8
6. Vorstellung und Wahl der Landesliste, weitere Plätze
7. Gesamtabstimmung über die Landesliste

Zur Information: Stimmberechtigt sind die Vertreterinnen und Vertreter, die eigens für diese Versammlung in den Kreisverbänden nach Bundeswahlgesetz gewählt sind. Die VertreterInnen müssen 18 Jahre alt sein und in Baden-Württemberg das Wahlrecht haben. Die bis Redaktionsschluss eingegangenen schriftlichen Vorstellungen für die Landesliste finden sich in dieser Ausgabe des Landesinfo. Für Platz 1 der Landesliste schlägt der Landesvorstand der Versammlung die Wahl von Bernd Rie-xinger vor, für Platz 2 Heike Hänsel. Die Versammlung soll bis Samstag-

abend abgeschlossen sein. Bei Bedarf kann sich die Versammlung vertagen auf den darauffolgenden Tag, Sonntag 29. Januar. VertreterInnen, die einen Übernachtungsplatz benötigen, bitte im Landesbüro anmelden.

Vorankündigung:

Veranstaltung mit Gästen und Workshops am Sonntag, 29. Januar um 9.30 Uhr bis 13 Uhr ebenfalls im Bürgerhaus Möhringen. Angefragt sind GastreferentInnen. Workshops sind bislang vorgesehen zu den Themen: Rente, Armut/Reichtum, AFD/Rechtsentwicklung, Geflüchtete, Türkei/Kurdistan..

40.000 auf Großdemo gegen TTIP und CETA in Stuttgart!

Mit 40.000 Menschen waren wir LINKEN am 17. September bei der kämpferischen, bunten und lauten Demo gegen die sogenannten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und Co in Stuttgart mit einem eigenen Block auf der Straße! Wir lassen nicht locker und wehren uns gegen den Abbau von demokratischen, ökologischen und sozialen Standards und lassen nicht zu, dass Demokratie-Standards und ArbeitnehmerInnen-Rechte durch die Abkommen unter Beschuss stehen!

Bild rechts: RednerInnen, OrganisatorInnen und HelferInnen auf dem Lautsprecherwagen.

v.l.n.r.: Gökay Akbulut, Sahra Mirow, Daniel Anton, Heike Hänsel, David Schecher, Ryk Fechner, Tobias Pflüger und Markus John



Bild oben: Der Block der LINKEN Baden-Württemberg beim Start der Demonstration (Bild beobachternews.de)

Binnennachfrage weiterhin zu schwach

Michael Schlecht, MdB und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

„Wir brauchen eine massive Stärkung der Binnennachfrage. Ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von lediglich 0,2 Prozent bedeutet, dass die Wirtschaft in Deutschland faktisch stagniert. Die Binnennachfrage nimmt zwar zu, aber zu wenig für eine nachhaltige, sich selbst tragende gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Besonders die schwachen Investitionen in Produktionsmittel sind ein Warnsignal“, kommentiert Michael Schlecht die erste Schätzung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2016. Der wirtschaftspolitische Sprecher der

Fraktion DIE LINKE weiter:

„Der negative Wachstumsbeitrag des Außenhandels macht einmal mehr deutlich, welche Gefahren die starke Exportabhängigkeit Deutschlands birgt. Angesichts von Brexit, einer stärkeren Binnenmarktorientierung Chinas, eines US-Präsidenten Trump und weiterhin schwächelnder Euro-Staaten ist es ein Gebot der Vernunft, die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken. Dazu müssen die Kaufkraft und die öffentlichen Investitionen massiv gestärkt werden.“

Der Mindestlohn muss umgehend auf zehn und dann in schnellen Schritten auf zwölf Euro erhöht werden. Vor allem muss eine Stärkung der Gewerkschaften in den Lohnrunden erreicht werden. Die

Streikfähigkeit muss verbessert werden, indem Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen verboten werden und Werkverträge nur noch mit Zustimmung des Betriebsrates vergeben werden dürfen.

Erforderlich ist zudem ein Sofortprogramm von 25 Milliarden Euro im Jahr für sowieso dringend benötigte öffentliche Investitionen. Insbesondere in den sozialen Wohnungsbau muss Geld gepumpt werden. Bundesweit fehlen fast vier Millionen Sozialwohnungen. Neben dem Erhalt bestehender Sozialwohnungen braucht es einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus: In den nächsten vier Jahren müssen eine Million neue Sozialwohnungen entstehen, dauerhaft und bezahlbar.“

Bernd Riexinger: Rentenpolitisches Versagen der Großen Koalition verhöhnt die Lebensleistung von Millionen Menschen

25. November: Zum Rentengipfel der Großen Koalition erklärte Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Die Große Koalition kapituliert vor der wachsenden Altersarmut. Was da ausgehandelt wurde ist ein rentenpolitisches Versagen und verhöhnt die Lebensleistung von Millionen Menschen. Insbesondere der Menschen in Ostdeutschland: Die Angleichung der Ost-Renten an Westniveau wird bis 35 Jahre nach der Deutschen Einheit hinausgezögert. Außerdem werden die Beschäftigten in Ostdeutschland aufgrund der niedrigeren Löhne mit dem Abschmelzen der Umrechnung der Ostentgelte erneut benachteiligt. Die längst überfällige Angleichung der Renten in Ost und West darf nicht zu Lasten der Rentenbewertung der arbeitenden, jüngeren Menschen gehen.

Dass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nach dem gescheiterten Rentengipfel trotzdem unverdrossen ihr Gesamtkonzept Alterssicherung präsentiert, zeigt den desolaten Zustand der großen Koalition. Die große Koalition bietet nur geringe reale Verbesserungen für wenige Menschen und ist sich über die Finanzierung der Beschlüsse offensichtlich nicht einig. Andrea Nahles wartet dafür mit Versprechen auf, deren Realisierung in der Koalition nicht durchsetzbar sind. Sie kündigte u.a. ein

Rentenniveau bis 2045 von 46 Prozent und einen Beitragssatz von maximal 25 Prozent sowie einen „Standardriester“ an.

DIE LINKE fordert ein entschiedenes Handeln gegen Altersarmut: eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen, die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro.

Zur bundesweiten Rentenkampagne des DGB sagte Bernd Riexinger:

Ich begrüße die bundesweite Rentenkampagne des DGB. Sozialverbände, Gewerkschaften und DIE LINKE ziehen

muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. DIE LINKE hat ein Rentenkonzept, von dem alle profitieren: eine solidarische Rentenversicherung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter ist finanzierbar und sozial gerecht. Sämtliche Vorschläge, Menschen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag arbeiten zu schicken, stammen von Leuten, die offenbar noch nie körperliche Arbeit verrichtet haben. Wer auf dem Bau schuftet, Kranke pflegt, Kinder erzieht oder Schichtarbeit macht, hält oft nicht bis zum Renteneintrittsalter durch.

Die Große Koalition zerstört die gesetzliche Rente und befeuert Altersarmut zusätzlich durch eine Beschäftigungspolitik, die eher als „Arbeitgeberpolitik“ bezeichnet werden kann. Wer gute Rente sagt, muss auch gute Löhne sagen - ohne eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro brutto müssen Beschäftigte nach 45 Jahren Arbeit zum Sozialamt. Dass fast eine Million Rentnerinnen und Rentner durch Minijobs ihre schmale Rente aufbessern müssen, ist in einem reichen Land wie Deutschland

Ausdruck einer asozialen Regierungspolitik. Kampagnen wie die des DGB sind deshalb wichtig und haben unsere volle Unterstützung.



an einem Strang, wenn es darum geht, der Bundesregierung beim Thema Rente Dampf unterm Hintern zu machen! Altersarmut breitet sich in Deutschland immer schneller aus. Das Rentenniveau

Verkehrspolitische Fachtagung am 14. Januar in Stuttgart

Wir laden Euch sehr herzlich ein zu unserer ersten regionalen verkehrspolitischen Fachtagung am Samstag, 14. Januar 2017 ab 10 Uhr in den Räumen des Verbands Region Stuttgart (VRS), Kronenstr. 25, 5. OG, 70174 Stuttgart.

Da die Teilnehmerzahl begrenzt

ist, bitten wir um Voranmeldung unter Angabe der bevorzugten Themengruppe bis spätestens 09.12.2016 an unsere Fraktionsgeschäftsstelle.

Wir freuen uns auf Eure Anmeldung! Mit solidarischen Grüßen, Wolfgang Hoepfner, für die Fraktion DIE LINKE,

Regionalversammlung Stuttgart,

Verband Region Stuttgart, Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711 - 888 167 82 (Di-Do, 14-18 Uhr), info@die-linke-vrs.de



STRESS LASS NACH!

Pflegeaufstand gegen Pflegenotstand: Gemeinsam Druck machen

In den Krankenhäusern herrscht Notstand. Anders lässt sich die vielerorts dramatische Situation nicht auf den Punkt bringen. Ob am eigenen Leib erfahren oder aus Erzählungen in der Familie oder im Freundeskreis – fast jede(r) kennt Geschichten über fehlende Zuwendung, gefährliche Fehler und gestresste KrankenpflegerInnen im Krankenhaus. Der Grund dafür ist Personalmangel: In deutschen Krankenhäusern fehlen 100.000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in immer kürzerer Zeit versorgen. Die Folge: Dauerstress und Überlastung sind an der Tagesordnung. Eine aktuelle britische Studie zeigt erneut, was Pflegewissenschaftler schon seit Jahren nachweisen: Pflegenotstand hat gefährliche, zum Teil tödliche Folgen. In Krankenhäusern, in denen eine Pflegekraft sechs oder weniger Patienten zu versorgen hat, ist die Sterblichkeit der Patienten um 20 Prozent niedriger als in den Häusern, in denen eine Pflegekraft mehr als zehn Patienten zu versorgen hat. Eine Krankenschwester in Deutschland versorgt im Schnitt 10,3 Patienten, in Norwegen sind es dagegen nur 3,8 Patienten pro Krankenschwester. Die Arbeit im Krankenhaus macht auch die Pflegerinnen und Pfleger krank. Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, dass sie bei ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten können. Kranken- und AltenpflegerInnen sterben im Schnitt zehn Jahre früher als andere Beschäftigte! Obwohl sie alles dafür tun,

anderen das Leben zu verlängern.

Wenn beim Personal gespart wird, profitieren nur Wenige.

Die Vorstandsvorsitzenden der drei größten privaten Krankenhauskonzerne sind mittlerweile Multi-Millionäre. Der Pflegenotstand ist das Ergebnis einer völlig verfehlten Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre: Viele Krankenhäuser wurden in den letzten 20 Jahren zu Unternehmen umgebaut, für die Profite mehr zählen als die Gesundheit von PatientInnen und Beschäftigten. Öffentliche Krankenhäuser wurden kaputtgespart: Es fehlen Investitionen in Milliardenhöhe. Die Bundesregierung ignoriert den gefährlichen Pflegenotstand trotz Protesten von Beschäftigten, Gewerkschaften und Patienteninitiativen bisher weitgehend.

Aber der Pflegeaufstand hat längst begonnen. Anfang April 2016 haben die Pflegekräfte an der Charité Berlin nach Monaten mit entschlossenen Streiks und Aktionen der Pflegekräfte einen historischen Erfolg im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus und eine gute Gesundheitsversorgung für alle erreicht: den ersten Tarifvertrag für mehr Personal und weniger Stress im Krankenhaus. Die Pflegerinnen und Pfleger dort haben schon jetzt Krankenhaus- und Gewerkschaftsgeschichte geschrieben. In den nächsten Monaten geht es weiter. Für 2017 bereitet die Gewerkschaft vier Aktionen und Streiks für mehr Personal vor. Das ist gut. Denn anders als die Krankenhausleitungen zetern, gefährdet nicht der Streik die Gesundheit der Pa-

tientInnen, sondern der Normalbetrieb, der Pflegenotstand. Als Patienten und Angehörige sollten wir die Pfleger und Pflegerinnen unterstützen. Es geht um gute Arbeit statt Dauerstress, um die Anerkennung dieser wichtigen Arbeit mit den Menschen, die immer noch vor allem von Frauen geleistet wird, und letztlich um gute Gesundheitsversorgung für uns alle. Slogans wie »Mehr von uns ist besser für alle« oder »Streiken gegen Burn-out-Gesellschaft« bringen das auf den Punkt. Gemeinsam können wir etwas bewegen und Druck machen für eine gesetzliche Personalbemessung. Denn es braucht für alle Kliniken und Pflegeheime gesetzliche Vorgaben, die regeln, dass ausreichend Pflegekräfte für PatientInnen und alte Menschen da sind.

100.000 Pflegekräfte mehr

Das Geld dafür ist vorhanden, alleine der politische Wille fehlt. Mit einer gerechten Besteuerung der 880.000 in Deutschland lebenden Millionäre konnten nicht nur die fehlenden 100.000 Pflegekräfte locker finanziert werden. Als LINKE starten wir daher die Kampagne »100.000 Pflegekräfte mehr – das muss drin sein«. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir mit Aktionen und Veranstaltungen Druck für mehr Personal machen. Bundesweit finden Aktionen und Veranstaltungen statt. Dabei brauchen wir Unterstützung. Ohne Dich geht es nicht. Wenn der Pflegenotstand uns alle betrifft, muss der Pflegeaufstand auch zur gemeinsamen Sache werden.

Bernd Riexinger, aus DISPUTextra

Krankenhausaktion im Kreisverband Ludwigsburg: 100.000 Pflegekräfte fehlen im Land!

Am Samstag 12. November zwischen 14 und 16 Uhr trafen sich 10 Genossinnen und Genossen der LINKEN Ludwigsburg beim Krankenhaus in Ludwigsburg. Im Rahmen der Kampagne DAS MUSS DRIN SEIN sprachen wir die PassantInnen, BesucherInnen und Beschäftigten die rund um das Krankenhaus im öffentlichen Raum unterwegs

waren auf unsere Kampagne an und auf das derzeitige Schwerpunktthema: 100.000 fehlende Pflegekräfte. Da wir uns sehr gut an verschiedenen Stellen um das weitläufige Gelände des Krankenhauses verteilt hatten, konnten wir in zwei Stunden einige 100 Menschen kurz ansprechen und unsere Karten sowie das Flyermaterial verteilen. Besonders gute

Gespräche gab es natürlich, wenn wir Beschäftigte erreichen konnten. Diese Aktion kann nur empfohlen werden, weil sie ohne großen Aufwand möglich ist und auch ganz spontan durchgeführt werden kann.

Walter Kubach, Kreisrat im Landkreis Ludwigsburg

Heilbronn: Das Krankenhausschließen geht weiter

Am 7.11. haben der Heilbronner Gemeinderat und der Kreistag als Gesellschafter der SLK-Kliniken beschlossen, die beiden Krankenhausstandorte in Brackenheim und Möckmühl zu schließen. Sie schrieben, aufgrund der finanziellen Unterversorgung der Krankenhäuser über sogenannte Fallpauschalen, seit Jahren Miese von 1-2 Millionen Euro. Gerade kleinere Grundversorgungskrankenhäuser werden im Fallpauschalensystem besonders schlecht

finanziert. Mit der Qualität oder Leistung vor Ort hat das nichts zu tun, sondern mit dem politischen Willen, Krankenhausstandorte zu zentralisieren. So werden die Abteilungen von Brackenheim und Möckmühl an die beiden größeren Standorte Heilbronn und Bad Friedrichshall verlegt werden. Platz ist vorhanden, da an beiden Standorten neu gebaut wurde, bzw. wird. Die Neubauten wurden nicht, wie gesetzlich vorgesehen, zu 100% vom Land finan-

ziert. Sowohl die SLK Kliniken, als auch Stadt- und Landkreis Heilbronn mussten ordentlich zuschießen. Als LINKE hatten wir im Vorfeld die erste öffentliche Veranstaltung mit Krankenhausexperte MdB Harald Weinberg organisiert. Im Kreistag stellten wir einen eigenen Antrag und stimmten gegen die Schließung – ohne Erfolg.

Florian Vollert, Kreisrat, KV Heilbronn-Unterland

Vorfahrt für öffentliches Wohneigentum!

Landesregierung bleibt leider weiter tatenlos. Aktuelle Einschätzung zur Mieten- und Wohnungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung.

Die bedeutendste Neuerung bei der „Lösung“ der Mieten- und Wohnungsproblematik durch die grün-schwarze Landesregierung war bisher die Schaffung eines Ministeriums, das den Namen „Wohnungsbau“ im Namen trägt. Alles Weitere ist entweder viel zu wenig, heiße Luft oder schlichtweg falsch und kontraproduktiv. Zu wenig ist laut Mieterbund die angekündigte Fördermittelerhöhung auf 250 Mio Euro in 2017. Mindestens 300-400 Mio Euro würden pro Jahr faktisch gebraucht. Die tatsächliche Erhöhung liegt lediglich bei 45 Mio Euro gegenüber der alten Landesregierung. Heiße Luft ist die sogenannte Wohnraum-Allianz. Sie bleibt bisher ohne klare Ergebnisse. Sie ist intransparent und ihre letzte -lapidare- Verlautbarung stammt vom Juli 2016. Falsch ist die weitere Erhöhung der Grunderwerbssteuer, sie wirkt als zusätzlicher Preistreiber. Kontraproduktiv ist das Warten auf die in Nichtstun geratene Bundespolitik.

Die Mieten steigen – private Investoren haben freie Hand

Währenddessen schraubt sich die Mietpreisspirale im Land weiter und weiter nach oben. Baulandverknappung und Run auf die letzten Flächen führt zwar zu hoher Bautätigkeit, aber vor allem im oberen Preissegment und meist durch private Investoren. Die greifen zwar hier und da auch Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau ab, machen dann aber bei auslaufenden Bindungen mit Umwandlungen der Wohnungen in Eigentum große Gewinne. Das zeigt das Beispiel Freiburg: Baukosten für eine geförderte Wohnung ca. 200.000 Euro, heutiger Verkaufswert nach ausgelaufener Bindung: ca. 400.000 Euro. Dieses, von den privaten Investoren bevorzugte Geschäftsmodell, führt uns nur weiter in die Sackgasse, vernichtet mittelfristig öffentlich geförderten Wohnraum weiter und vergrößert die Gewinne der Privaten.

Auf der anderen Seite stehen die öffentlichen Wohnungsunternehmen der Kommunen, die gerne mehr bauen und investieren würden. Ihnen fehlen passende Förderbedingungen. Sie müssten bei Baulandausschreiben bevorzugt zum Zuge kommen. Ihnen fehlen weitere Finanzmittel aus den kommunalen Haushalten, da die Kommunen nicht ausreichend von Bund und Land mit Mitteln ausgestattet werden.

Zuschüsse statt Kredite an den öffentlichen Wohnungsbau

Die gängige Kreditförderung ist in der Niedrigzinsphase unsinnig. Wir müssen hin zu direkten Zuschüssen für den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau

durch öffentliche und kommunale Wohnungsgesellschaften. Wir brauchen für diese Unternehmen Unterstützung in Form der Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit auf Bundesebene und keine allgemeinen Steuervergünstigungen für den Wohnungsbau.

Den öffentlichen Wohnungsunternehmen muss die Zukunft gehören. Nur sie können jenseits von überzogenen Renditeerwartungen der privaten Anleger agieren. Nur sie halten staatliche Zuschüsse in öffentlicher Hand und machen Investitionen für alle nutzbar. Nur sie stehen unter demokratischem und öffentlichem Einfluss und können auf dem „freien“ Wohnungsmarkt Schutzräume schaffen für Menschen mit wenig Einkommen. Immer mehr Kommunen erkennen das. Teilweise werden neue kommunale Wohnungsgesellschaften geplant oder gegründet, wie z.B. in

Breisach. Dabei ist auch die innere Verfasstheit der kommunalen Wohnungsgesellschaften kritisch zu betrachten und darauf hinzuwirken, dass sie sozialen Vorgaben und Ansprüchen folgen und sich nicht per GmbH-Form zu rein wirtschaftlich agierenden „Marktteilnehmern“ entwickeln.

Landeswohnungs- und Beteiligungsgesellschaft wäre sinnvoll

Die linke Forderung nach einer direkten Unterstützung kommunaler Wohnungsgesellschaften und deren Neugründungen durch eine zu schaffende Landeswohnungsgesellschaft ist weiter richtig. Diese könnte mit Knowhow, Vernetzung und als Mitgesellschafter in den Kommunen auftreten. Zuschüsse und Kapitalausstattung wären so ohne Verluste für das Land, schnell und einfach zu leisten. Die Ausweitung von Wohnungsbeständen in öffentlicher Hand wäre ein soziales Korrektiv zu den renditeorientierten Investoren. Auch der Deutsche Mieterbund teilt unsere Forderung mittlerweile: „Die Förderung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft soll in Zukunft auch Zuschüsse und öffentliches / öffentlich reguliertes Beteiligungskapital umfassen, um die Eigenkapitalbasis für die Erfüllung der sozialen Aufgaben zu stärken.“ DMB-Plädoyer für eine „Neue Wohnungsge-

meinnützigkeit“ BT-Ausschussdrucksache 18(16)-473-B.

Sozialen Wohnungsbau vereinfachen – Umland besser anbinden

Neben der aktiven Unterstützung des kommunalen und öffentlichen Wohnungsbaus braucht es kommunale Beschlüsse zu festen Quoten für den sozialen Wohnungsbau bei neuen Baugebieten. Das wurde in Freiburg beschlossen auf Initiative der Linken Liste und der SPD. Dann braucht es weitere Maßnahmen, wie eine mit Sanktionen versehene Leerstands- und Wuchermietenbekämpfung. Es braucht die Einführung von Mietbeiräten und einer Mietermitbestimmung, zuerst in den kommuna-



len Wohnungsgesellschaften und später auch stadtweit. Die Wohnungsfrage ist aber auch mit verkehrspolitischen Strukturfragen verbunden. Unsere Bemühungen um einen flächendeckenden Ausbau des ÖPNV und die Einführung von Sozialtickets im ganzen Land können das Umland urbaner Räume attraktiver machen und den starken Druck etwas wegnehmen. Klar ist aber auch, dass wir keine Entwicklung wollen, bei der die (inner-)städtische Infrastruktur – von uns allen finanziert – nur noch den Reichen zu Verfügung steht.

Als LINKE unterstützen wir die angestrebte Vereinfachung der Landesbauordnung, nicht aber als Einstieg in den Billigbau, auf Kosten der MieterInnen und zum einseitigen Gewinn der Investoren. D.h. vereinfachte Ausführungen müssen sich in niedrigen Mieten deutlich widerspiegeln, an langfristige Sozialbindungen gekoppelt werden und müssen so ausgeführt sein, dass spätere Erweiterungen in Richtung Barrierefreiheit (z.B. Aufzüge) oder Verbesserungen der energetischen Rahmenwerte von vorneherein mitgedacht und nachträglich einfach ausgeführt werden können.

Gregor Mohlberg, Mietenpolitischer Sprecher, DIE LINKE Baden-Württemberg Mitglied im Landesvorstand

Mannheim: Sozialgerechte Bodennutzung Wohnungsbaupolitische Offensive der LINKEN für bezahlbares Wohnen

Mit einem weiteren Antrag zum preiswerten Wohnen (A255/2016) hat die LINKE im Mannheimer Gemeinderat nun einen Vorschlag gemacht, der geeignet ist, ganz realistisch die Mietpreise in Neubau- oder sanierten Altbauwohnungen zu senken. Die Linke geht davon aus, dass die galoppierende Entwicklung der Bodenpreise das Haupthindernis für eine preisgünstige Wohnraumversorgung ist. Es muss deshalb versucht werden, die Mieten weitgehend von den Bodenpreisen abzukoppeln.

Der Ansatzpunkt hierfür ist die Zurverfügungstellung von kommunalen Grundstücken für Wohnungsbau im Rahmen von Erbbaurechten („Erbpacht“). Die LINKE fordert die Stadt auf, sozialen Bauträgern, die nicht Teil des spekulativen Wohnungsmarktes sind, Erbbaurechte zu erteilen. Dazu gehören unserer Überzeugung nach z.B. alte wie die BGB (Gemeinnützige BauGesellschaft) aber auch neue wie beispielsweise Wohngruppen im Rahmen des Mietshäusersyndikats.. Voraussetzung wäre ein niedriger Erbbauzins zwischen 0% und 1% und ein Verzicht auf Gleitklauseln (Anpassung des Basiswertes nach oben, wenn die Bodenpreise weiter in die Höhe gehen).

Der Vorteil wäre, dass die jeweiligen Bauträger für ihre Projekte nicht den Grundstückspreis über Bankdarlehen aufbringen und innerhalb von 25 bis 30 Jahren tilgen (und entsprechend auf die Miete umlegen) müssen. Normalverdienende, oder Menschen mit geringem Einkommen könnten sich zu Baugruppen zusammenschließen. Für sie entfielen die Aufgabe, für den Erwerb des Grundstückes etwa 25% des Kaufpreises als Eigenkapital nachweisen zu müssen. Die Aufbringung des Eigenkapitals für die reinen Baukosten ist schon schwierig genug. Bei einem Erbbauzins von 1%

wäre erst nach den berühmten 99 Jahren der Bodenpreis gezahlt.

Zinsverminderte Erbbaurechte!

Voraussetzung wäre der Wille einer Mehrheit des Gemeinderats, die seit 1988 bestehende Festsetzung des Erbbauzinses auf 4% für die genannte Zielgruppe und das definierte Ziel der Herstellung bezahlbaren Wohnraums außer Kraft zu setzen. Da aber weit und breit nicht in Sicht ist, wie das Angebot an preisgünstigen Wohnungen sonst gefördert werden kann, darf man auf die gemeinderätliche Diskussion gespannt sein. Das Warten auf eine effiziente Landesförderung gleicht dem „Warten auf Godot“. Das einzige nennenswerte Angebot der L-Bank besteht darin, bestehende freie Wohnungen gegen eine Förderung von 461 bis 638 Euro je m² Wohnfläche über 15 bzw. 25 Jahre mit Mietpreis- und Belegungsbindung (B-Schein) auszustatten bei einem 33% unter Mietspiegel liegenden Mietpreis. Das ist jedoch keine Neubauförderung. Außerdem sind „Sozialwohnungen“ mit Mietpreisbindung auch immer nur die 15 oder 25 Jahre gesichert. Ein Erbbaurecht kann auf 99 Jahre abgeschlossen werden.

DIE LINKE erwartet von der Stadt, dass sie z.B. auf den Konversionsflächen ihrer Tochter MWSP Flächen für den genannten Zweck abkauft, dass also die MWSP nicht nur an profitorientierte Investoren verkauft. Auch andere Baugrundstücke landen immer wieder auf dem Immobilienmarkt, die die Stadt erwerben könnte.



Ferner verfügt die Stadt selber über Baugrundstücke, die sie – wenn die Grundstücke für bezahlbaren Wohnungsbau geeignet sind – eben nicht an Investoren verkaufen, sondern über das Erbbaurecht direkt nicht gewinnorientierten Bauträgern zur Verfügung stellen soll.

Für die Stadt heißt das entweder: Geld auf den Tisch zu legen für den Erwerb solcher Grundstücke oder bewusst auf die immer sehr willkommenen Einnahmen aus dem Verkauf eigener Grundstücke zu verzichten. Im einen Fall wäre es eine Investition in sozial nutzbare Baugrundstücke (und damit auch der Zugewinn an Vermögen in Form von Grundstücken), im anderen Fall wären zumindest keine zusätzlichen Geldausgaben erforderlich. DIE LINKE ist der Meinung, dass für den Anfang ein mit 20 Millionen Euro ausgestattetes Sonderprogramm „Sozialgerechte Bodennutzung Mannheim“ durch stark zinsverminderte Erbbaurechte finanzierbar ist. Denn schließlich hat die Stadt im Jahr 2016 einen um 45 Millionen Euro über Plan liegenden Jahresabschluss zu erwarten. Da kann es keine Ausrede geben!

Thomas Trüper, Stadtrat in Mannheim

Armutsrisiko im Land steigt an.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg fordert konsequente Armutsbekämpfungspolitik.

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Baden-Württemberg ist im Jahr 2015 auf 15,3 Prozent gestiegen, das sind 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Erwerbslose (53,0 Prozent) und Alleinerziehende (45,5 Prozent) sind besonders gefährdet, aber auch jede fünfte Frau ab 65 Jahren. Das ergibt sich aus der aktuellen Mikrozensus-erhebung des Statistischen Landesamtes (PM 279/2016) zur Armutsgefährdungsquote gemessen am durchschnittlichen Einkommensniveau in Baden-Württemberg. Deshalb fordern der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg, der Landes-

verband alleinerziehender Väter und Mütter und der Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg vom Land ein klares Bekenntnis gegen Armut und Ausgrenzung in Baden-Württemberg. Dazu gehören vor allem Maßnahmen gegen Kinder- und Altersarmut. Aus Sicht der Verbände muss die Armuts- und Reichtumsberichterstattung im Land fortgesetzt und zusammen mit Sozialverbänden konsequent und kontinuierlich an Lösungen gearbeitet werden.

„Leider hat die Bekämpfung von Armut bei der Landesregierung nicht den erforderlichen Stellenwert. Wir warten bis heute vergeblich auf ein konkretes Maßnahmenbündel gegen Armut und Ausgrenzung als Konsequenz aus den

Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichts“, betont Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg. „Das betrifft vor allem die Familienarmut von Alleinerziehenden und ihren Kindern. Mit fast 46 Prozent haben sie das größte Armutsrisiko aller Familien im Land. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine gerechte Familienpolitik, die gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Familien schafft. Wir müssen verhindern, dass sich Armut von Generation zu Generation überträgt und diese Familien automatisch schlechtere Lebensbedingungen und ihre Kinder weniger Bildungschancen haben“, so Wolfgramm.

Sozialpartnerschaft war vorgestern! Kapitalismus pur ist Realität jetzt.

Knapp 600 Beschäftigte will der US-amerikanische Reifenhersteller Goodyear in Philippsburg zum Ende des kommenden Jahres abbauen. Etwas über 1000 Beschäftigte kämpfen beim Turbinenhersteller General Electric (GE) in Mannheim ums Überleben. Der Konzern hat erst 2014 den Betrieb (nach langwierigen Verhandlungen, auch kartellrechtlicher Art) aufgekauft, offensichtlich um den Markt zu bereinigen, wie es sich nun rausstellt.

Auch in anderen Betrieben der Rhein-Neckar Region (Mannheim, Heidelberg usw.) sind Arbeitsplätze kurzfristig oder mittelfristig in Gefahr. In Mannheim selbst entsteht derzeit eine Initiative zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Die Zerschlagung von Industriearbeitsplätzen - also „Guten Arbeitsplätzen“ setzt sich unterdessen fort. Längst ist der Landkreis Karlsruhe betroffen, z.B. mit Johnson Controls (Kopfstützenhersteller für Autositze) in Waghäusel und eben auch in Philippsburg.

In Richtung Nordosten beschließen die gut bezahlten Manager von Knorr (gehört zu Unilever) in Heilbronn so eben mal rund 200 Arbeitsplätze, quasi die komplette Forschungs- und Entwick-

lungsabteilung zu schließen bzw. diese in die Niederlande zu verfrachten.

Die meisten der erwähnten „strukturellen Entscheidungen“ sind übrigens ohne das Einhalten der Informations- und Beteiligungsrechte der Betriebsratsgremien gefallen. Die Dimensionen des industriellen Arbeitsplatzabbaus im Norden Baden-Württembergs ähneln stark dem Kahlschlag in den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Damals wie heute werden natürlich betriebswirtschaftliche Gründe vorgeschoben, meist jedoch nur standardisiert und halbherzig. Es geht um Kosteneinsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten. Da sich derzeit mit Geldgeschäften wenig Kohle machen lässt, werden gerne mal wieder die Beschäftigten als „Kostenfaktoren“ in den Betriebsbüchern identifiziert.

Die moderne Gestaltung des Arbeitsplatzes, die Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben und international etablierten Normen sind das eine. Die soziale Verantwortung für die Beschäftigten und die Identifikation mit der Stadt oder dem Ort in dem der Betrieb angesiedelt ist bleibt wieder einmal auf der Strecke.

Gerne betonen politische Vertreter

innen und Vertreter aus den Reihen der Union, der SPD und der Grünen, dass wir doch in einer „Sozialen Marktwirtschaft“ leben und deshalb das ständige Hofieren der Wirtschaftslobby eine notwendige Sache sei.

Denen können wir nur zurufen! Schaut euch auf dem Arbeitsmarkt um, erkennt endlich wie viele gute Arbeitsplätze in den letzten Jahren vernichtet worden sind und wie viele schlecht bezahlte Jobs dafür entstanden sind (Stichwort: Prekarisierung). Soziale Marktwirtschaft war vorgestern – Kapitalismus pur ist jetzt!

Wir als LINKE fordern die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, denn ganz offensichtlich wird das Umgehen der Informations- und Beteiligungsrechte der Betriebsräte arbeitgeberseitig nur noch als Bagatelle betrachtet.

Wir sagen aber auch, dass Konzerne und Unternehmen, die Arbeitsplätze aus „strategischen Entscheidungen“ vernichten zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Elwis Capece (Gewerkschaftssekretär der NGG in Mannheim und Karlsruhe sowie Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der LINKEN in BaWü)

Vor 10 Jahren: Freiburgerinnen und Freiburger verhindern Privatisierung der städtischen Wohnungen

Vor 10 Jahren, verhinderten über 40.000 Freiburgerinnen und Freiburger in einem Bürgerentscheid am 12. November 2006 die Privatisierung der städtischen Wohnungen. Ein grün-schwarzes Bündnis - wie es immer noch in Freiburg und nun auch in BaWü regiert, wollte auf Kosten der Bevölkerung den Haushalt sanieren.

Der Bürgerentscheid war der Höhe-

punkt einer monatelangen Protestbewegung mit Stadtteilversammlungen, Demonstrationen und Tür zu Tür-Aktionen im Bündnis „Wohnen ist Menschenrecht“.

Dass Wohnen ein Menschenrecht ist, müssen wir weiterhin erstreiten und erkämpfen. Die brutalen Mieten in Freiburg und anderen Städten vertreiben Menschen woanders hin oder in die Ob-

dachlosigkeit.

Doch die Erfahrung von vor 10 Jahren zeigt, wie wir etwas durchsetzen können - auch gegen parlamentarische Mehrheiten.

Wir machen weiter im Bündnis „Mieten runter – für eine soziale Stadtbau“. Online-Unterschriftenaktion: <http://www.bit.ly/mietenrunterfreiburg>
Dirk Spöri, Freiburg



Wohnraum-Kampagnen der LINKEN: heute und vor 10 Jahren

Bildungspolitik geht alle an

Das Thema Bildung geht alle an: Eltern, SchülerInnen, KommunalpolitikerInnen, Menschen, die im Bildungswesen arbeiten und alle, denen die Zukunft unserer Gesellschaft am Herzen liegt. In Kita und Schule werden die Weichen für die zukünftige Gesellschaft gestellt. Soll dort ein solidarisches Miteinander gelernt werden oder beginnt dort der Wettlauf um den künftigen sozialen Status?

DIE LINKE muss sich mit Bildungspolitik beschäftigen: Schulerfolg hängt vom Geldbeutel der Eltern ab. Damit verstärkt die Schule die Spaltung in der Gesellschaft. Kita und Schule tragen zur Verfestigung von Armut bei. Das fängt bei den frühkindlichen Einrichtungen an. Armutsgefährdete Familien nutzen weniger frühkindliche Einrichtungen als Mittelstandsfamilien usw.

DIE LINKE Baden-Württemberg hat auf dem letzten LPT den Antrag für „Sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“ verabschiedet. Darin fordern wir gemeinsames Lernen von der Kita bis zur 10. Klasse und eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni.

Zur gebührenfreien Schule gehört eine entgeltfreie Beförderung zur Schule.

Die LAG Bildung hat über die Umsetzung des Antrags beraten und fordert in einem ersten Schritt einen entgeltfreien

Schulweg für alle SchülerInnen. Das ist eine sehr konkrete Forderung, die allen SchülerInnen bzw. deren Eltern nutzt.

In der Landesverfassung von 1953 heißt es in Artikel 14: „Unterricht und Lernmittel an den öffentlichen Schulen sind unentgeltlich. Die Unentgeltlichkeit wird stufenweise verwirklicht.“ In Bezug auf die Lernmittelfreiheit hat der Verwaltungsgerichtshof 2001 klar entschieden, dass keine Kosten auf die SchülerInnen und deren Eltern abgewälzt werden dürfen, sondern dass das Land die Kommunen entsprechend entlasten muss. Als Folge der Veränderung der Schullandschaft können immer weniger SchülerInnen ihre Schulen zu Fuß erreichen und müssen öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Damit ist ein unentgeltlicher Unterrichtsbesuch oft nicht mehr möglich. Den Eltern entstehen pro Kind schnell bis zu 80,-€ monatliche Kosten. Nur für Anspruchsberechtigte auf das Bildungs- und Teilhabepaket (BezieherInnen von ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe oder Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz o.ä.) werden die Kosten übernommen. Geringverdiener u.a. Einkommensschwache gehen aber leer aus. Dies widerspricht den Intentionen der Landesverfassung.

Auch das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zur Erstattung der Kosten für Unterbringung von Berufs-

schülerInnen bei auswärtigem Unterricht vom 30.8.2016 (Az.: 9 S 1906/14) zeigt: Aus der Schulpflicht ergibt sich die Pflicht des Landes zur Übernahme der Kosten. Die Kosten dürften auch keine „abschreckende Wirkung“ für SchülerInnen aus „einkommensschwachen Bevölkerungsschichten haben“, so der Verwaltungsgerichtshof.

In Bayern ist die Beförderung auf dem Weg zur Schule für alle SchülerInnen bis zur 10. Klasse sowie für den Besuch der Berufsschule konsequenterweise entgeltfrei. Dort heißt es: „Die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg (...) wird von den Aufgabenträgern der Schülerbeförderung organisiert und finanziert.“ Der entgeltfreie Schulbesuch muss auch in Baden-Württemberg durch ein entsprechendes Landesgesetz garantiert werden.

Sabine Skubsch, Sprecherin LAG Bildung

Über MitstreiterInnen in der LAG Bildung freuen wir uns. Die LAG Bildung trifft sich das nächste Mal.

Samstag, 17. Dezember 2016, 14.30 Uhr, Stuttgart

Kontakt auch unter: sabine.skubsch@dielinke-ka.de

Kinderarmut: DIE LINKE fordert landesweites Sozialticket

Sozialticket heißt finanzielle Ermäßigung für öffentlichen Nahverkehr und Kulturveranstaltungen. Angesichts der Studien-Ergebnisse der Bertelsmann-Stiftung, wonach auch in Baden-Württemberg die Kinderarmut ansteigt, fordert DIE LINKE Baden-Württemberg ein Sozialticket für die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs und für Kulturveranstaltungen in ganz Baden-Württemberg. Anspruch auf ein solches Landes-Sozialticket müssen alle Bürger haben, die nach Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen erhalten.

Die Landesregierung muss endlich von ihrem Digitalisierungstrip runter und Politik für alle Menschen im Land machen – also auch für die von Armut betroffenen Familien und Kinder! Ein erster Schritt muss sein, den Familien und besonders den Kindern die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und kulturelle Erlebnisse finanziell erheblich zu erleichtern: Ein landesweit gültiges Sozialticket und kostenlose Schülerfahrkarten sind da ein gutes, in anderen Bundesländern bewährtes Mittel.

In den großen Städten im Land gibt es bereits Sozialtickets: Wo immer es in

Baden-Württemberg Sozialtickets gibt, hat DIE LINKE den Anstoß gegeben und die Ausarbeitung vorangetrieben. Der nächste Schritt muss nun ein flächendeckend geltendes Sozialticket sein.

DIE LINKE fordert von der Landesregierung einen Landeszuschuss an die Verkehrsverbünde und Kommunen zur Förderung von Sozialtickets, wie es z.B. die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen praktiziert. Die grün-rote Vorgängerregierung hatte bereits in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung eines Landessozialtickets versprochen, dann aber doch nicht eingeführt.

Karin Binder (MdB): Beitragsfreies Essen an Schulen

„Gut lernen und gesund Essen gehören zusammen. Es kann nicht sein, dass Eltern in Karlsruhe mehr als 4 Euro je Mahlzeit bezahlen müssen, wenn die Kinder in der Schule essen. Mathe und Sport sind schließlich auch nicht gebührenpflichtig. Wir müssen die Verpflegung endlich als Teil des Lernalltags begreifen“, erklärt Karin Binder, Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe und Ernährungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Binder weiter:

„Die Kita- und Schulverpflegung in Deutschland ist immer noch mangelhaft.

Allzu oft ist das Essen von schlechter Qualität und erfüllt ernährungsgesundheitliche Anforderungen nicht. Die Mahlzeiten sind zu fett, zu süß und enthalten zu wenige Vitamine und Ballaststoffe. Schulen und Trägern fehlt es an Geld, Fachleuten und geeigneten Räumen. Nur die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in den Ganztageseinrichtungen nimmt überhaupt an der Gemeinschaftsverpflegung teil. Das Ernährungsthema spielt im Erziehungs- und Lernalltag nur eine Nebenrolle. Kinder aus armen Familien werden bei nicht gezahlten Beiträgen

von der Gemeinschaftsverpflegung ausgeschlossen. Derartige Zustände wirken sich nachteilig auf die gesundheitliche Entwicklung und den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen aus.

DIE LINKE im Bundestag fordert ein Bundesprogramm Kita- und Schulverpflegung, um Missstände zu beseitigen. Ziel muss eine qualitativ hochwertige, altersgerechte und abwechslungsreiche Kita- und Schulverpflegung sein, an der alle Kinder und Jugendlichen unentgeltlich teilnehmen. Wer dahinter zurück bleibt, braucht Nachhilfe.“

Staatstheater Karlsruhe - Deutscher Personalrätepreis für Arbeitszeitschutzregelungen

Für unsere Initiative, die Arbeitszeit des künstlerischen Personals zu erfassen, wurden wir - der Personalrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe - am 16. November in Berlin mit dem Deutschen Personalräte-Preis in Bronze ausgezeichnet. Gemeinsam mit meiner Personalratskolleg*in Barbara Kistner habe ich den Preis im Rahmen des von DGB und Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Schöneberger Forums, der jährlichen Fachtagung für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, entgegengenommen. Wir haben den Preis bekommen, weil wir es durchgesetzt haben, dass für das künstlerische Personal am Theater eine korrekte Arbeitszeiterfassung eingeführt wurde. Dies klingt banal, könnte aber - konsequent zu Ende gedacht - den Theaterbetrieb komplett verändern.

Die durch das Mindestlohngesetz festgeschriebene Dokumentationspflicht, gab

uns die Möglichkeit der Kontrolle, um zumindest die Arbeitsschutzregelungen durchzusetzen. Diese Prozesse sind am Theater unbekannt - hier sind 16-Stunden-Tage die Regel. Künstlerisches Personal arbeitet unter dem „Normalvertrag Bühne“, der mit einem modernen Tarifvertrag nichts zu tun hat. Neben einer Sieben-Tage-Woche mit 48 Stunden und mehr, besteht unter anderem auch Residenzpflicht. Das alles nach einem mehrjährigen Studium für ein Einstiegsgehalt von 1.800 Euro brutto und ohne Kündigungsschutz. Seit 2012 arbeite ich am Staatstheater als Schauspieler, 2014 wählten mich die Kolleg*innen in den Personalrat. Ende 2014 konnten wir dann die Erfassung der Arbeitszeit durchsetzen und damit einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen machen. Um grundsätzlich bessere Arbeitsbedingungen für Schauspieler*innen

und weiteres künstlerisches Personal zu erreichen, hat sich Anfang des Jahres das Ensemble-Netzwerk gegründet, in dem ich mich ebenfalls engagiere. Vor allem die jüngere Generation will solidarisch etwas verändern! Jetzt kommt es darauf an, uns zu organisieren. Es geht um faire Arbeitsbedingungen, um Gehaltsanpassungen an den öffentlichen Dienst, eine 40-Stunden-Woche, bessere Schutzmechanismen, Kündigungsschutz für Schwangere und Menschen in Elternzeit sowie für Personalräte - um nur einige Themen zu nennen. Es braucht dafür auch ein politisches Umdenken. Weg von der Kürzungspolitik und dem Theatersterben, hin zu einer besseren Finanzierung der Häuser und Ensembles. Außerdem muss Kultur ins Grundgesetz. Denn sie hat unbestreitbar einen hohen Stellenwert für unsere Gesellschaft.

Michel Brandt, Karlsruhe

Tübinger Linke: Boni für Erzieherinnen

Der Bundesgerichtshof hat den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erneut klargestellt. Die Stadtverwaltung verspricht, dass bis Jahresende die Ein- bis Dreijährigen ausreichend versorgt sind. Gut, wenn das in unserer Stadt erreicht wird; aber schlecht, dass dies mit Überbelegungen auf dem Rücken der Beschäftigten passieren soll. Boni gibt es in Tübingen für Stadtwerkedirektoren aber leider nicht für Erzieherinnen. Ständig kommt es in Kitas zu Personalengpässen im „Tagesgeschäft“, zum Beispiel, wenn „neue“ Kinder aufgenommen werden; es fehlt die Vertretung, wenn eine Kollegin plötzlich ausfällt. Erstmals können nicht alle Stellen besetzt werden. Eine Erzieherin sagt mir: „wir empfangen morgens die Kinder mit offenen Armen, egal ob sie rotnäsiger, ausgeschlafen oder müde sind. Wir sind Spielanleiterinnen, Gesprächspartnerinnen, trösten, wechseln

die Windel und versorgen nebenbei das fiebrige Kind, das leider nicht gleich abgeholt werden kann. Wir sollen die Eltern kompetent unterstützen, alles dokumentieren, uns weiterbilden und uns im Team austauschen. Es besteht ein hoher Bildungsanspruch an die Kitas. Aber wir haben eine ständige Überlastung und die Personaldecke ist auf Kante genäht“. Deshalb fordern wir Linken die Rücknahme der Kürzung bei den Verfügungszeiten aus dem Sparjahr 2009. Statt Stechuhren für die Erzieherinnen einzuführen (war wohl ein Tipp der Beraterfirma „Prima Klima“), könnte sich die Verwaltung Gedanken machen, wie man Fachkräfte gewinnt. Andere Städte wie München zahlen 200 Euro mehr und unterstützen bei der Wohnungssuche. In Tübingen werden Azubis auf den Stellenschlüssel angerechnet, das gibt Abzug bei den Fachkräften. Stell-

vertretende Leitungen sollen teilweise abgruppiert werden, entgegen Tarifvertrag. Um die 5.000 fehlenden Erzieherinnenstellen im Land aufzubauen, braucht es bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Jüngere Kolleginnen gehen mit viel Idealismus in den Beruf und genervt wieder raus aus dem Job, weil sie den Stress nicht bis zur Rente aushalten. Workshops zur Durchsetzung höherer Kitagebühren sind die falsche Lösung. Der zuständige Sozialminister Lucha (Grüne) sollte sich besser für gebührenfreie Kitas und die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe einsetzen statt Werbefeldzüge zu starten für die Steuerfreiheit von Millionären und eine schwarz-grüne Koalition im Bund. *Gerlinde Strasdeit Stadträtin der Tübinger Linken im Schwäbischen Tagblatt vom 26.10.2016*

Friedenspolitischer Ratschlag in Heidelberg

Am 1. November fand in Heidelberg der jährliche friedenspolitische Ratschlag der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden statt. 30 Genossinnen und Genossen diskutierten über Rüstungskonversion und die neue Rolle der Bundeswehr. Thomas Trüper, LINKE-Stadtrat in Mannheim, und Claudia Haydt (Partei vorstand) berichteten am Beispiel des Abzugs der US-Truppen aus der Rhein-Neckar-Region, welche städtebaulichen Möglichkeiten sich daraus ergeben. Anschließend stellten Jaqueline Andres von der Informationsstelle Militarisation und Tobias Pflüger, stellvertretender Parteivorsitzender, das „Weißbuch der Bundeswehr“ vor und entlarvten es als Werbeproschüre.

Die Linksfraktion im Bundestag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzen dem das „Schwarzbuch Bundeswehr“ entgegen, welches die Aufrüstung und den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit in Kriegseinsätzen eingreifenden Armee darlegt. Das Buch kann kostenlos bestellt werden und eignet sich gut als Thema für Veranstaltungen vor Ort.

Bei Interesse an Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft oder bei der Durchführung von Veranstaltungen zu Frieden und internationaler Politik helfen wir gerne und vermitteln Referenten. Einfach per Mail an Thomas Haschke: thomas.haschke@gmx.de



„Notwendig ist ein Bündnis aus Gewerkschaften und Kommunen ...“

Auszüge aus dem Grußwort von Bernhard Strasdeit auf der ver.di-Landeskonferenz am 5. November in Echterdingen

„Danke für die Einladung zu Eurer Konferenz und Glückwunsch an alle, die heute gewählt worden sind. Glückwunsch an Hanna Binder und Susanne Wenz und an Martin Gross, dem ich für seine zukünftige Arbeit als Landesbezirksleiter eine gute Hand wünsche, und, dass du so bleibst wie du bist: authentisch, engagiert und kämpferisch - für die Interessen der Beschäftigten. Alles Gute im neuen Spitzenamt der SPD wünsche ich auch Leni Breymaier. Diesen Glückwunsch meinen wir Linken ehrlich. Das ist verbunden mit der Hoffnung, dass die SPD zukünftig etwas mehr auf dich hört als dies bislang der Fall war.“

Im Folgenden sprach Bernhard Strasdeit fünf Punkte an, bei denen DIE LINKE und die Gewerkschaften an einem Strang ziehen:

1. Gesundheit, Pflege: Wir unterstützen die Forderung nach mehr Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Es braucht eine gesetzliche MindestPersonalbemessung. DIE LINKE fordert 100 000 Pflegekräfte mehr in Deutschland (...)

2. Kampf gegen Altersarmut: Schon in den letzten 10 Jahren ist die Altersarmut von rund 1,9 Millionen Menschen auf 2,7 Millionen gestiegen. **Wer früher stirbt, ist kürzer arm**, frotzelte gestern die ZDF heute-show. Und die Altersarmut wird beim derzeitigen Rentenniveau auch in Zukunft weiter steigen. Eine Verkäuferin, die zwischen 1500 und 2500 Brutto verdient, erreicht nach einem Arbeitsleben von über 40 Jahren gerade mal die Grundsicherung. Viel Gutes ist vom sogenannten Rentendialog der Bundesregierung nicht zu erwarten. DIE LINKE fordert eine so-

lidarische Rentenversicherung in die alle (!) einzahlen, auch Manager, auch Einkommensmillionäre, auch Selbstständige und Beamte, wir fordern eine Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden.

3. Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge gegen Privatisierung: Der Bund will den Straßenbau zukünftig privatisieren. Statt zum Fastnullzins den Straßenbau zu finanzieren sollen Private Investoren mit hohen Renditen zum Zuge kommen. Die Beschäftigten in den Ländern, die bislang für Planung, Bau und Unterhalt zuständig waren, sollen zu diesem Zweck in eine **Infrastrukturgesell-**



schaft eingegliedert werden. Sprich, sie werden teilprivatisiert. (Hinweis der Redaktion: Inzwischen ist das Vorhaben vorläufig abgeblasen).

4. Vermögenssteuer: Wir brauchen in Deutschland eine gerechtere Verteilung des Reichtums. Wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir Linken wollen 5% ab der zweiten Million. Diese moderate Besteuerung der Reichen und Superreichen würde den Kapitalismus hier im Lande noch lange nicht aus den Angeln heben und würde keinen einzigen Aktienbesitzer oder Manager

arm machen. Aber diese Steuer würde auf Länderebene Milliarden Euro bringen: für dringende Investitionen in die Zukunft.

5. Letzter Punkt: öffentlicher Dienst. Derzeit gibt es in Baden-Württemberg eine Art neue ausserparlamentarische Opposition. Wer ist das? Das sind Bürgermeister und Landräte. Die scharfe Kritik des Landkreistags und des Städtetages an der Landesregierung in den letzten Wochen ist berechtigt. Wer mehr investieren will in sozialen Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung, Integration, in Inklusion, öffentlichen Nahverkehr, Kita-Plätze und Schulen, darf den Kommunen nicht in die Tasche greifen. Und das passiert gerade massiv. Und das ist auch ein Angriff auf den öffentlichen Dienst. Selten waren die kommunalen Spitzenverbände in Baden-Württemberg so stinksauer auf eine Landesregierung wie in den letzten Tagen. Mit Recht: Trotz höheren Steuereinnahmen und zusätzlichen Zuschüssen vom Bund hält die Landesregierung an ihrem Sparkurs zu Lasten der Landkreise, Städte und Gemeinden fest. Auch für den mittelfristigen Abbau von Investitionslücken in Milliardenhöhe hat die Landes-

regierung keine Konzeption. Schonung wird nur einer Klientel versprochen: das sind Beziehende von hohen Managergehältern und reiche Erben. Daimler-Chef Zetsche wird zum Dank dafür ein Grußwort auf dem grünen Bundesparteitag in Münster halten. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Kommunalverbände gegen die Haushaltspolitik der Landesregierung. Wir brauchen einen „Rettungsschirm für Kommunen“ und die öffentliche Daseinsvorsorge im Lande und mal was Neues: ein Bündnis aus Gewerkschaften, Verbänden und Kommunen.

Laura Halding-Hoppenheit ist Unternehmerin des Jahres

Der Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) überreichte am Montag, den 17.10., der Stuttgarter Stadträtin Laura Halding-Hoppenheit (LINKE) die Urkunde als Unternehmerin des Jahres. „Ich bin sehr dankbar für diese Auszeichnung. Das ist eine wunderbare Bestätigung meiner Arbeit und motiviert mich außerordentlich, auch in Zukunft diese Arbeit fortzusetzen“, sagt die Gemeinderätin. „Seit 40 Jahren betreibe ich den Kings Club in Stuttgart. Das habe ich immer auch als einen sozialen Auftrag verstanden. Die Anerkennung durch den DEHOGA weiß ich sehr zu schätzen“, freut sich die sozialpolitische

Sprecherin von SÖS LINKE Plus. Neben ihrer gastronomisch-unternehmerischen Tätigkeit engagiert sich Laura Halding-Hoppenheit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten. Für ihre Arbeit, insbesondere für Homosexuelle, erhielt sie im Jahr 2015 schon das Bundesverdienstkreuz.

Dieses Engagement hob auch Hans-Ulrich Kauderer, Mitglied des DEHOGA Landesvorstandes hervor: „Wir würdigen heute eine ganz außergewöhnliche Unternehmerin, die beispielhaft steht für das, was unsere Branche auszeichnet, nämlich Weltoffenheit und Toleranz“.



Michael Schlecht: Rot-Rot-Grün? – Jetzt!

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE sagt: Es geht ein Gespenst um in Deutschland: Ein Regierungsbündnis aus SPD, Grünen und DIE LINKE. Ein solches Bündnis macht natürlich nur Sinn mit einem Politikwechsel, dazu gehört insbesondere die Bekämpfung von Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen. Schaut man in die Wahlprogramme von 2013 der drei Parteien, ließe sich hier eigentlich schnell ein Konsens finden. Dumm ist nur, dass Rot-Rot-Grün in den Wahlumfragen keine Mehrheit hat; das Bündnis dümpelt bei 42 bis 44 Prozent. Aber aktuell gäbe es im Bundestag eine Mehrheit. Warum die nicht nutzen? So ließe sich im Jahr vor der Bundestagswahl durch konkretes Regierungshandeln demonstrieren, wie segensreich solch ein Bündnis für die Menschen sein kann. Aus meiner Sicht die einzige Chance, damit Rot-Rot-Grün auch aus der Bundestagswahl 2017 als Sieger hervorgeht.

Allenthalben wird beklagt, dass Deutschland von einer zunehmenden sozialen Spaltung gekennzeichnet ist. Nicht zuletzt hierin wird die Ursache für Verzweiflung und Abstiegsängste von vielen Menschen ausgemacht, die sich auf Flüchtlinge projiziert und damit die Rechtspopulisten hochspült.

In der Tat, die Hauptspaltung findet am Arbeitsplatz statt. Auf der einen Seite die prekär Beschäftigten: Befristete, Verleihe oder Scheinselbstständige. Auf der anderen Seite die sogenannte Stammebelegschaft, die vorgeführt bekommt, dass man Angst haben muss genauso abzurutschen. Oder noch schlimmer, die Angst hat arbeitslos zu werden und zu Armut in Hartz IV verdammt zu werden.

Es muss Schluss sein damit, dass viel zu viele Menschen in unsicheren Jobs arbeiten müssen und nicht wissen, wie es morgen weitergeht. Und es muss Schluss damit sein, dass gerade diese Prekarisierung dazu führt, dass Millionen Menschen Armut im Alter droht. Die Absenkung des Rentenniveaus ist verhängnisvoll und muss wieder korrigiert

werden. Auch das ist ein Thema, dass bei SPD und Grünen diskutiert wird.

Die Spaltung in der Arbeitswelt drückt sich vor allem darin aus, dass immer weniger Menschen sich trauen ihre Interessen aktiv zu vertreten. Klar, wer befristet oder in Leiharbeit arbeitet traut sich kaum mit seinen Kollegen zu streiken. Dies hat dramatische Folgen für gewerkschaftliche Interessenvertretung. Haben vor 15 Jahren noch 75 Prozent der Beschäftigten unter dem Schutz eines Flächentarifvertrages gearbeitet, so sind es heute nur noch 50 Prozent. Die Tarifbeschäftigten haben seit 2000 nur Lohnerhöhungen durchsetzen können, die unterhalb der Preis- und Produktivitätssteigerung lag. Die Beschäftigten ohne Tarifvertrag haben seit 2000 einen Reallohnverlust von durchschnittlich 18 Prozent erlitten.

Dies markiert die Spaltung der Gesellschaft am eindrücklichsten!

Deshalb muss jede Chance genutzt werden, die zugrunde liegende Prekarisierung in der Arbeitswelt zu beseitigen oder zumindest zurückzudrängen! Nimmt man die Wahlprogramme von 2013 von SPD und Grünen ernst, dürfte es kein Problem sein dies mit einem Bündnis von Rot-Rot-Grün zu vereinbaren.

Die SPD grübelt immer noch, weshalb sie in den Wahlumfragen so schlecht dasteht. Eigentlich doch kein Wunder. Die Menschen haben erlebt, wie sich mit der Politik der Agenda-2010 ihre Lebenssituation verschlechtert hat. Wenn Sigmar Gabriel in einer Talkrunde mit Susi Neumann, einer Putzfrau aus NRW seine Bereitschaft zur Korrektur bei Befristungen bekundet, aber auf die Abhängigkeit von der CDU verweist, bleibt er unglaubwürdig. Auf die Frage von Susi Neumann: „... und warum bleibt ihr dann bei den Schwatten?“ weiß Sigmar Gabriel keine Antwort. Dabei liegt sie auf der Hand. Nur mit einer Abkehr von den „Schwatten“, nur mit einer konkreten Hinwendung zu einem alternativen Bündnis, das die Lebenssituation erfahrbar verbessert, kann die SPD wieder Glaubwürdigkeit gewinnen.

Außenminister Steinmeier als Bundespräsident vorzuschlagen ist im Hinblick auf Rot-Rot-Grün nicht hilfreich. Er ist der Architekt der Agenda 2010. Der Haupttäter der ganzen sozialpolitischen Misere kann für DIE LINKE nie und nimmer zustimmungsfähig sein.

Auch DIE LINKE hat so ihre Probleme. Weshalb verharrt die Wählerzustimmung bei 9 oder 10 Prozent? Dabei hat DIE LINKE doch ein so tolles Programm. Weg mit Hartz IV durch eine bedarfsgerechte Grundsicherung, Verbot der sachgrundlosen Befristung und der Leiharbeit. Zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und der Rente ab 65. Und vieles mehr.

Das Problem: Für viele Wählerinnen und Wähler, die der Linken zustimmen, bleiben die Forderungen Luftnummern. Bislang gab es auf Bundesebene keine erfolgreiche Durchsetzungsstrategie für diese Forderungen. Und das ist für viele Menschen entscheidend, auch wenn manch eine oder einer in der LINKEN sich gut eingerichtet hat in dem Wohlgefühl fortschrittliche Forderungen zu vertreten und die anderen scharf zu kritisieren. Für zu viele gerät das zu rechthaberischen Sprüchen.

Mit einem Bündnis Rot-Rot-Grün könnte DIE LINKE zum ersten Mal auf Bundesebene zeigen, dass sie Teile ihre Forderungen durchsetzt und dass damit die Lebenssituation konkret verändert wird. Dies wäre auch der Weg um die Zehn-Prozent-Marke zu überwinden.

In der LINKEN wird für diesen Weg noch viel Überzeugungsarbeit anstehen. Denn für viele besteht linke Politik im Aufstellen von Forderungen, und zwar möglichst weitreichenden. Prinzipienfestigkeit ist ein hohes Gut, aber ohne zu sehen, dass linke Politik gerade an konkreten Ergebnissen für die Menschen zu messen ist, wird sie schnell zu Dogmatismus und Selbstisolation.

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Der Kommentar ist am 28. Oktober 2016 in der Frankfurter Rundschau erschienen

Thomas Strobl im AfD-Modus

Mit einem Positionspapier unter dem Titel: „Wer kein Bleiberecht hat, muss gehen“ bläst Thomas Strobl, Innenminister Baden-Württembergs und CDU-Vize zur bundesweiten Abschiebeoffensive. Das Papier soll auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember beschlossen werden. Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, erklärt dazu: „Wieder redet der Innenminister wider besseren

Wissens von 500.000 Ausländern ohne Bleiberecht. Als ‚gelernter‘ Rechtsanwalt weiß er natürlich auch, dass ohne Bleiberecht nicht ‚illegal‘ bedeutet, sondern dass viele Schutzsuchende sich durch gerichtlich verfügte Abschiebeverbote und nach internationalen humanitären Standards mit und zu Recht in Deutschland aufhalten.

Unberührt von solchen Tatsachen, dem geltenden Recht und den schon längst

durchgesetzten Verschärfungen listet Strobl so ziemlich alle populistischen Forderungen der vergangenen Monate erneut auf:

Abschiebehaft, Beendigung des Asylverfahrens nur noch minimalste Sachleistungen bei ‚Identitätsverschleierung‘. Das gleiche gilt für Reisen ins Herkunftsland, die als ‚Asyltourismus‘ diffamiert werden. Krankheit soll nur noch als Abschiebehindernis gelten, wenn die Krank-

heit erst in Deutschland aufgetreten ist. Auch das Lieblingskind aller Populisten und Nationalisten, die ‚Obergrenze‘ kommt zu neuen Ehren: Bei Strobl heißt sie ‚Dachgesetz zur Zuwanderung‘. Und dann noch ein ‚sicheres deutsches Rückführungszentrum‘ auf ägyptischem Boden - nicht nur für schiffbrüchige Flüchtlinge aus dem Mittelmeer, sondern auch ‚für abgelehnte Asylbewerber aus Deutschland‘. Wo dafür eine völkerrecht-

liche Legitimation bestehen soll, bleibt Strobls Geheimnis.

Die ganze Liste strotzt nur vor Halbwahrheiten, Verdrehungen, Verleumdungen und AfD-Parolen. Kein Wunder also, dass die AfD das Positionspapier gleich als ‚Plagiat‘ bezeichnete.

Umso erstaunlicher sind die Reaktionen aus Baden-Württemberg selber: Die GRÜNEN kritisieren zwar den ‚Vorstoß‘ Strobls und wollen ihn im ‚Koalitionsaus-

schuss zur Sprache‘ bringen. Ansonsten gelte aber ‚für das Regierungshandeln der grün-schwarze Koalitionsvertrag und nicht CDU-Parteitagstränge‘. An die Adresse der baden-württembergischen Grünen gerichtet, weist Annette Groth darauf hin: ‚Wer sich mit Thomas Strobl ins Bett legt, muss sich nicht wundern, wenn er mit Horst Seehofer und Viktor Orbán aufwacht.‘

Annette Groth

Frauen in DIE LINKE

Der Frauenanteil in der LINKEN Baden-Württemberg ist mit 25 % erschreckend niedrig. Mit diesem Beitrag eröffnet der Landesvorstand die Diskussion über die Fragen, die sich daraus ergeben:

• Was hält Frauen davon ab, sich in der LINKEN zu engagieren?

• Was muss DIE LINKE ändern, damit sie für Frauen attraktiver wird?

Insgesamt haben alle Parteien bundesweit das gleiche Problem: Unter den Mitgliedern sind die Frauen die Minderheit. (Frauenanteil in den Parteien: Grüne 38,6 %, Linke 37,2 %, SPD 32 %, FDP 22,8 %, CSU 20,1 %, AfD 15,4 %) Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/> Stichtag:31.12.2015

In den „neuen“ Bundesländern liegt DIE LINKE mit einem Frauenanteil von 43 % vorne. Das Problem sind die westlichen Bundesländer, wobei Baden-Württemberg und Bayern das Schlusslicht bilden.

Gewählt wird DIE LINKE aber von genauso vielen Frauen wie Männern. (Ebenso die SPD; bei den Grünen und der CDU ist der Frauenanteil höher; bei der FDP ist der Männeranteil geringfügig und bei der AfD ist der Männeranteil erheblich höher.)

D.h. die Politik der LINKEN spricht Frauen genauso wie Männer an. Sich innerhalb der LINKEN zu engagieren, ist

aber für Frauen wenig attraktiv.

Parteien reproduzieren sich so, wie sie sind. D.h. sind in einer Partei vorwiegend junge Leute, wird sie auch junge Leute ansprechen. Sind in einem Kreis- oder Ortsverband kaum oder wenige Frauen, werden sich auch wenige Frauen dorthin gezogen fühlen.

Frauen sind also die beste Werbung für Frauen.

Quotierte KandidatInnen-Listen sind im Moment sicher das effektivste Mittel, um den Frauenanteil zumindest zu halten. Ohne Quotierung wäre DIE LINKE im Westen wohl fast eine reine Männerpartei.

Bei den Landtagswahlen konnte aufgrund des reaktionären Wahlsystems in Baden-Württemberg keine Quotierung umgesetzt werden. Die Folge: Nur 20 % der LINKEN-KandidatInnen waren weiblich. Bedauerlich, dass wir noch nicht einmal in allen Großstädten mit mehreren Wahlbezirken genauso viele Frauen wie Männer aufgestellt haben.

Wie kann DIE LINKE für Frauen attraktiver werden?

Der Zugang zur Linken muss erleichtert werden.

Parteitreffen in „gegenderten“ öffentlich zugängliche Räume sollten selbstverständlich sein. Kalte, „verratzte“ Räume, gar noch in einer



Perspektiven der anderen wahrnehmen. NoGos sind Monologe, Wort abschneiden oder gar abwertender Umgang miteinander und Rum-/Anschreien.

Die hierarchischen auf Parteikarrieren angelegten Strukturen der politischen Parteien sind abschreckend und für viele Frauen noch abschreckender. LINKE Politik muss sich in einer „linken“ Kultur der Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung widerspiegeln.

Konsensentscheidungen sind heute in vielen politischen Gruppen gang und gäbe. Statt Kampfabstimmungen sollten wir – soweit möglich – Konsensmodelle nutzen. Das bedeutet, dass alle Standpunkte einbezogen werden, damit sich möglichst viele darin wiederfinden.

Wir müssen Kreis- und Landesparteitage zu attraktiveren Veranstaltungen für alle machen, statt dem von Personalia und Formalia geprägten Hick-Hack.

Frauen aktiv ansprechen

Während vielen Männern die Selbstermächtigung keine Mühe bereitet, tun Frauen sich oft schwer damit, sich selbst für eine Funktion ins Gespräch zu bringen. Deshalb sollte in Orts- und Kreisvorständen darüber nachgedacht werden, welche Frauen man auffordern kann, sich für bestimmte Funktionen zur Verfügung zu stellen.

Beteiligt euch an der Diskussion. Gesucht sind Best Practice-Beispiele

Was finden Frauen in der Linken gut? Welche Initiativen sprechen Frauen an? Welche „Formate“ machen Orts- oder Stadtverbände für Frauen attraktiver?

Sabine Skubsch

Gesucht wird ein zeitgemäßes Wort für „Stammtisch“.

Der Begriff „Stammtisch“ geht historisch zurück auf eine Männerrunde von exklusiver sozialer Zugehörigkeit, die sich Bier trinkend und rauchend in einer Wirtschaft trifft. Diese negativen Assoziationen haben sich bis heute erhalten. Unter „Stammtischparolen“ versteht man rückwärtsgewandtes, patriarchales Gedankengut, das voller Ressentiments gegenüber Neuem und Fremden steckt.

Wir LINKE sollten einen neuen Begriff dafür finden, wenn wir uns im lockeren Rahmen treffen und uns über die herrschende Ungerechtigkeit und politische Strategien für die Zukunft austauschen.

Fußnote: Für den besten Vorschlag gibt es eine Flasche guten badischen Wein (wenn es sein muss auch vegan und ohne Alkohol).

Bitte Vorschläge an: sabine.skubsch@dielinke-ka.de

wirken als Zugangsbarriere. **Kultur der Diskussion und politischen Entscheidungsfindung verändern**

Zu einer wertschätzenden Diskussion gehören: Zuhören (Warum kommt eine/r zu einem Treffen der LINKEN?), ausreden lassen, aufeinander eingehen und die

Solidarität mit der HDP! Für Frieden und Freiheit in der Türkei!

Die Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaften der LINKEN in Baden-Württemberg erklärten bei einem Treffen am 6. November in Böblingen:

Das massive Vorgehen gegen die demokratisch legitimierte Opposition, die Beseitigung der Pressefreiheit, die massenhaften Entlassungen von Oppositionellen aus den öffentlichen Einrichtungen der Türkei und die Zehntausendfachen Inhaftierungen, die Ankündigung der Einführung der Todesstrafe, die Aussetzung der Europäischen Menschenrechtscharta sowie die Zerstörung kurdischer Städte durch das Militär und die Absetzung der demokratisch gewählten BürgermeisterInnen dürfen nicht weiter hingenommen werden.

Was soll eigentlich noch alles passieren, damit die Bundesregierung und die Europäische Union dem Erdogan-Regime ihre Unterstützung entziehen? Es ist höchste Zeit, dass Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier ihre stillschweigende Komplizenschaft mit der türkischen Regierung beenden und endlich handeln! Worte reichen nicht mehr: DIE LINKE fordert den sofortigen Abzug der Bundeswehr und ein Stopp aller Waffenlieferungen an die Türkei. Die EU muss die Beitrittsverhandlungen umgehend aussetzen und den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal aufkündigen. Die Kriminalisierung türkischer und kurdischer Oppositioneller in Deutschland muss beendet und das PKK-Verbot aufgehoben werden. Wir erklären unsere Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der HDP und der DBP! Wir fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und AkademikerInnen und ein Ende der Ge-

walt in den kurdischen Gebieten!

Die Türkei auf dem Weg in die Erdogan-Diktatur – Solidarität mit der Opposition ist dringend nötig

Mit der Inhaftierung der beiden BürgermeisterInnen von Diyarbakir, Gültan Kisanak und Anli Firat, und der beiden Vorsitzenden der Partei HDP, Figen Yüksedag und Selahattin Demirtas, sowie weiterer sieben HDP-Abgeordneten haben die Zwangsmaßnahmen gegen die Opposition einen neuen Höhepunkt erreicht. Seit dem Putsch herrscht in der Türkei der Ausnahmezustand. Die Europäische Menschenrechtscharta ist außer Kraft gesetzt. Verhaftete sind bis zu zwei Monaten der Willkür von Polizei und Militär ausgeliefert. Rund 150.000 Staatsbedienstete wurden entlassen, zwischen 40 bis 50.000 sitzen in Gefängnissen ein. Von den über 30.000 aus dem Schuldienst geworfenen LehrerInnen ist die Mehrheit Mitglied der GEW-Schwestergewerkschaft Egitim Sen. Gerade wurden 370 NGOs verboten, darunter 200 kurdische. Die Reporter ohne Grenzen führen die Türkei als eines der gefährlichsten Länder für JournalistInnen auf. Es gibt fast keine oppositionellen Medien mehr.

Bisher wurden 46 BürgermeisterInnen der DBP (in über 100 Kommunen werden sie von der kurdischen Partei in der HDP gestellt) ihres Amtes enthoben. Ihre Kommunen stehen jetzt unter Treuhänderschaft des Innenministeriums, das kommunale Eigentum ist beschlagnahmt. Seit November letzten Jahres sind 17 Städte bzw. Stadtteile vom Militär völlig zerstört und unbewohnbar gemacht worden. 400.000 Menschen sind auf der Flucht, ihre Wohnungen sind zerstört. Über 4.000 türkische StaatsbürgerInnen haben bisher in

Deutschland Asyl beantragt.

Was soll noch alles passieren, damit die Bundesregierung und die EU statt nur mit Worten endlich handeln und ihre stillschweigende Komplizenschaft mit dem diktatorischen Regime Erdogan aufgeben?

Die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung verstößt gegen die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats, in der Türkei seit 1993 per Gesetz in Kraft. Die Aussetzung der Europäischen Menschenrechtscharta verstößt auch gegen Europäisches Recht. Wiegen die Interessen in Syrien, Irak, Iran und gegen Russland sowie der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schwerer als Demokratie und Menschenrechte? Die EU-Beitritts-Verhandlungen mit der Türkei wurden noch nicht unterbrochen. Weiterhin bezieht die Türkei zur Umsetzung der Verhandlungsergebnisse Millionen von Euro.

Neben den strategischen Interessen bestimmen Handel und Investitionen die deutsche Türkeiipolitik: Die Türkei lag in der deutschen Außenhandelsstatistik 2015 auf Platz 14 nach vielen EU-Staaten, den USA und China. Für 22,4 Mrd. Euro führten deutsche Firmen hauptsächlich Maschinen, Kfz und Rüstungsgüter in die Türkei aus. Damit ist Deutschland nach China der zweitgrößte Handelspartner der Türkei. Waren im Wert von 14,4 Mrd. kamen aus der Türkei nach Deutschland, im Wesentlichen Haushaltsgeräte, Obst und Gemüse.

Stopp der Waffenlieferungen, Rückzug der deutschen Soldaten, Aufkündigung des Flüchtlingsdeals ... Möglichkeiten, Druck auf die Türkei auszuüben, gäbe es reichlich. Mit Diktaturen gibt es keine Geschäftsgrundlage. *Rudolf Bürgel,*

Keine Abschiebung von AfghanInnen aus Baden-Württemberg!

„Die von der Bundesregierung geplanten 12.539 Abschiebungen nach Afghanistan sind menschenverachtend und verantwortungslos!“ kritisiert die Tübinger Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Heike Hänsel.

Hänsel weiter: „Während die Bundesregierung alle Diplomaten aus Sicherheits-

gründen aus Afghanistan abzieht, will sie afghanische Familien in den Krieg zurückschicken. Das ist eine zynische Politik. Die NATO ist in Afghanistan politisch und militärisch gescheitert und den Preis zahlt die afghanische Zivilbevölkerung. Ich fordere Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf, keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen. Schließlich war es

die rot-grüne Bundesregierung, die sich 2001 an dem NATO-Krieg in Afghanistan beteiligt hat, der bis heute andauert. Wer sich als aktive Kriegspartei an Konflikten und Kriegen beteiligt, wer Millionen Profite mit Rüstungsexporten aus Baden-Württemberg macht, muss auch zu seiner Verantwortung stehen, dass Menschen dadurch zu Geflüchteten werden.“

„Wie ein Elefant im Porzellanladen...“

Stellungnahme der Fraktion Unabhängige Listen Freiburg zum Umgang der Stadt mit den Resten der von den Nazis 1938 zerstörten Synagoge.

Nach langem Planungs- und Entscheidungsprozess wurde 2004 im Einvernehmen mit der Jüdischen Gemeinde ein Wasserspiegel, der die Grundrisse der alten Synagoge nachzeichnet, als würdige

Form der Erinnerung für den Platz der Alten Synagoge gewählt.

Eine neue Situation entstand nun Ende Oktober, als unerwartet Fundamentreste des Gebetshauses gefunden wurden. Die Jüdische Gemeinde bat um einen Baustopp bis nach dem 9. November, dem Gedenktag an das Jahr 1938, als in Deutschland alle Synagogen durch die Nazis niedergebrannt wurden. Verständlicherweise

hat der Fund große Emotionen ausgelöst und nicht nur jüdisch gläubige BürgerInnen erwarteten, dass die Stadtverwaltung nicht einfach an der Platzgestaltung festhält und plangemäß weiterbaut.

Fehlendes politisches Gespür und mangelndes Feingefühl

Für Überlegungen zum Umgang mit dem Fund hat unsere Fraktion einen Baustopp unterstützt und eine Befassung des Ge-

meinderats beantragt. Schließlich wäre mit der sichtbaren Erhaltung der vorhandenen alten Steine die Chance verbunden, nicht nur einen Ort des Erinnerens, sondern auch der Mahnung zu schaffen. Unbeirrt davon hat die Stadtverwaltung bereits am 3. November die oberen drei Reihen einer Fundamentmauer, die dem Weiterbau des Wasserbeckens hinderlich sind, abtragen lassen. Begründet hat sie es mit Zeitdruck, entstehenden Ausfallkosten und damit, dass der Denkmalschutz nicht gewährleistet sei. Die Folge: Trauer und Empörung, Proteste aus dem In- und Ausland und ein Riss in der Beziehung zur Jüdischen Gemeinde. Soweit hätte es nicht kommen

müssen! Ebenso wie unsere Fraktion sich davon überzeugen ließ, dass sich ein Wasserbecken analog zum Synagogen-Grundriss und die Konservierung der Mauerreste an derselben Stelle ausschließen, wäre ein Konsens mit der Jüdischen Gemeinde sicher möglich, wenn man bereit wäre, gemeinsam mit ihr ein Konzept zu erarbeiten für den bestmöglichen Erhalt der Steine und deren Integration in eine veränderte Platzgestaltung. Eine rasche einvernehmliche Lösung ist, nachdem so viel Porzellan zerschlagen wurde, deutlich schwieriger geworden.

Gerade heute, wo durch ganz Europa ein deutlicher Rechtsruck geht und die

letzten Zeitzeugen des Faschismus austerben, ist es von Bedeutung, künftigen Generationen zeigen zu können, was nach Krieg und Faschismus übrigbleibt. Was übrig ist von der alten Synagoge – von den Nazis niedergebrannt und gesprengt und von der Nachkriegsgeneration in den fünfziger Jahren für einen Parkplatz fast vollends einplaniert – halten wir gerade deshalb durchaus für sehenswert.

Die Bedeutung des Ringens um „ein paar alte Steine“ wird klarer, wenn man in diesem Zusammenhang mit bedenkt, dass eine von Vielen geforderte Mahn- und Gedenkstätte an die NS-Zeit in Freiburg nach wie vor fehlt.

Kommunalpolitischer Austausch Reutlingen – Pirna – Remscheid mit Unterstützung des Forums Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg

Welcher Tag eignet sich besser für ein Treffen von LINKEN aus Ost- und Westverbänden als den Tag der Deutschen Einheit? Entgegen der „Jubelfeier“ der Staatsoberen in Dresden fuhrten linke Kommunalpolitiker aus Pirna in der sächsischen Schweiz nach Reutlingen, um sich auszutauschen zu aktuellen Fragen und um die Verbundenheit und Freundschaften zwischen den Linken aus Pirna und Reutlingen weiter zu vertiefen. Pirna ist die Partnerstadt von Reutlingen. Da es bereits Kontakte zwischen den Linken aus Pirna und Remscheid gab, wurden diese ebenfalls eingeladen.

Mit ihren Gästen unternahmen die Reutlinger eine Stadtführung mit einer Vertreterin der Reutlinger Frauengeschichtswerkstatt und besuchten im Reutlinger Heimatmuseum die Ausstellung „125 Jahre IG Metall in Reutlingen“.

Die Reutlinger Stadträte Jessica Tatti und Thomas Ziegler berichteten über ihre Aktivitäten im Reutlinger Gemeinderat zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Das Mietshäuser Syndikat wurde von einem Vertreter der Tübinger Initiative vorgestellt – ein Modell solidarischer Ökonomie, um Wohnraum in Selbstverwaltung zu schaffen und zu sichern. Die Häuser sollen denen gehören, die drin wohnen. Und zwar auf Dauer. Bestehende Projekte unterstützen mit ihren Überschüssen neue Projekte. Alle waren sich

einig, dass dies eine gute Möglichkeit ist, Wohnraum der Vermarktung zu entziehen.

Einen breiten Raum nahmen die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und natürlich Asylpolitik in unseren Gemeinden, Städten, Kreisen und Ländern ein. Über zunehmende rechtsextremistische Aktivitäten in Stadt und Kreis Reutlingen berichtete Timo Widmaier. Ina Leonhardt, Stadträtin in Pirna und MdL Lutz Richter informierten über die viel dramatischere Lage in Sachsen, über Aktivitäten und Auswirkungen der Pegida-Bewegung, die so vieles in der politischen Landschaft ausgelöst haben in Ost und West bis hin zum großen Zulauf für die AfD. Es gibt in Sachsen zunehmend Übergriffe aus der rechtsextremistischen Ecke gegen LINKE-Politiker. Freital, wo es Anschläge auf das Büro von einem Linke-Politiker gab, liegt im selben Landkreis wie Pirna. Natürlich wurden auch die letzten Landtagswahlen in verschiedenen Bundesländern mit ihren alarmierenden Resultaten diskutiert, nicht zuletzt deshalb, weil die Bundestagswahl bevorsteht und in NRW nächstes Jahr auch der Landtag neu gewählt wird. Im Osten werde die AfD oft als „soziale Partei“ wahrgenommen und deshalb gewählt. Dabei habe die Linke weniger junge Wähler als Wähler über 50 verloren, berichteten die Gäste aus Sachsen.

Die Teilnehmer hatten noch die Gelegenheit zum Austausch mit Mitgliedern des Vereins Kulturschock Zelle, der seit mehr als 48 Jahren ehrenamtliche Jugendarbeit leistet und konnten bei einem Besuch des selbstverwalteten Jugendzentrums Zelle in Reutlingen Einblick in die Arbeit erhalten.

Alle zogen das Resümee, dass der Austausch zu unserer politischen Arbeit verstärkt werden sollte. Linke im Westen können von der längeren und größeren Erfahrung in linker Politik und den komfortableren Strukturen im Osten profitieren. Erfahrungen austauschen, voneinander lernen und gemeinsam für die LINKEN-Politik streiten kann uns nur stärken. Nicht zu vergessen: diese Art von politischen Treffen macht richtig Spaß! Auf jeden Fall wird es im nächsten Jahr wieder eine Begegnung zwischen Linken aus den Kreisen Reutlingen, Remscheid und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge geben.

Finanziell unterstützt wurde das Treffen vom Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg e. V. Gerne unterstützt das Forum weitere kommunalpolitische Treffen dieser Art, aber auch andere kommunalpolitische Veranstaltungen. Bitte kommt auf uns zu!

*Für das Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg, Petra Braun-Seitz
Kontakt: petra.braun-seitz@kompofo.de
florian.vollert@kompofo.de*

Kreistag Tübingen stimmt Resolution gegen Nebenabsprachen der Landesregierung zu

Am 16.11. hat der Kreistag in Tübingen mit den vier Stimmen der Tübinger Linken, den Stimmen von SPD, Freier Wählervereinigung (!) und Teilen der CDU (gegen Teile der CDU, der FDP, bei Enthaltung der Grünen) den unten stehenden Resolutionsvorschlag der Linken zu den geheimen Nebenabsprachen der Landesregierung in allen vier Punkten mit großer Mehrheit verabschiedet. Landrat Walter

(CDU), Präsident des Landkreistages, unterstützte diese Entscheidung und wird die Resolution an die Landesregierung weiterleiten und dem Kreistag über die Reaktion Bericht erstatten. Auch wenn die jeweiligen Begründungen selbst nicht Inhalt der Resolution waren, ist das ein Vorgang, der nicht alle Tage passiert!

Antragsbegründung von Kreisrat Emanuel Peter

Herr Landrat, wertere Kolleginnen und Kollegen! Vor sechs Wochen haben wir hier im Kreistag eine Resolution zu den geheimen Nebenabsprachen und den massiven Eingriffen der Landesregierung in die kommunalen Finanzen vorgelegt. Inzwischen gibt es seit 12 Tagen eine Übereinkunft zwischen der Landesregierung und den Kommunalverbänden über die Finanzbeziehungen bis 2021. Wieso halten

wir trotzdem unseren Resolutionsentwurf aufrecht und bitten um Ihre Unterstützung? Die Kommunen und Landkreise sind die entscheidende Grundlage unserer Demokratie und unseres sozialen Zusammenhalts. Hier können alle Menschen unmittelbar Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen, aber auch soziale Sicherheit durch die Daseinsvorsorge erfahren. Wir Kommunalvertreter haben eine besondere Verantwortung und Pflicht, die finanziellen Grundlagen für diese Aufgaben zu sichern. Deshalb möchten wir den Verhandlungsführern von Gemeinde-, Städte- und Landkreistag herzlich für ihren hartnäckigen Widerstand gegen weitere Kürzungen des Landes danken.

Bis heute ist nicht klar, ob die aktuellen Zugeständnisse der Landesregierung ihre geheime „Giftliste“ ungültig machen oder ob diese weiterhin verfolgt wird. Deshalb fordern wir die vollständige Veröffentlichung dieser Liste, deren Existenz der Ministerpräsident zugegeben hat. Das ist keine Angstmacherei, sondern leider Realität: Vor Kurzem hat uns der Tübinger Tageselternverein informiert, dass die Landesregierung die Gelder für die Qualifizierung von Tageseltern ab Januar 2017 um 25 Prozent kürzen will.

Bis heute werden Landkreise und Kommunen im Unklaren darüber gelassen, wofür das Land seine milliarden-schweren Steuermehreinnahmen 2016 ausgegeben hat und warum es weiterhin von einem ‚strukturellen Defizit‘ im Landeshaushalt ausgeht, für dessen Deckung Kommunen und Landkreise bis 2021 zusätzliche 200 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich beisteuern sollen.

Bis heute gibt es bestenfalls ein verbales Zugeständnis der Landesregierung, ein „Sanierungsprogramm zum Abbau impliziter Verschuldung an der eigenen Infrastruktur“ - so die Formulierung aus der Übereinkunft – vorzulegen, zu dem die Kommunen 10 Prozent beisteuern müssen. Wir befürchten, dass diese Summen angesichts des Investitionsstaus von über 32 Milliarden Euro im Ländle – so die Zahlen der Kreditanstalt für Wiederaufbau – viel zu gering sein werden. Denn was heute nicht an verschleppten Investitionen abgebaut wird, wird morgen der nächsten Generation, also der heutigen Ju-

gend, aufgebürdet. Das können wir nicht zulassen. Da Investitionen in Sanierungen und neue Infrastruktur im Wesentlichen auf kommunaler Ebene geschehen, sehen wir im Kommunalen Investitionsfond zwar einen richtigen, aber leider viel zu kleinen Schritt und treten weiterhin für einen Rettungsschirm für Kommunen ein. Herr Landrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten Ihnen vorschlagen, über die Punkte unseres Resolutionsentwurfs getrennt abzustimmen.

Resolution des Kreistags Tübingen zu den Nebenabsprachen der Landesregierung

1. Der Kreistag fordert von der Landesregierung die Veröffentlichung aller die Kommunen betreffenden haushaltsrelevanten Nebenabsprachen einschließlich der so genannten „Giftliste“, deren Existenz Ministerpräsident Kretschmann bereits zugegeben hat und die wesentliche Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen enthalten soll.

Begründung: Die bisher bekannt gewordenen Nebenabsprachen außerhalb des offiziellen Koalitionsvertrags enthalten Maßnahmen der Landesregierung in Höhe von ca. 2,2 Milliarden Euro, die „ohne Haushaltsvorbehalt“ verwirklicht werden sollen und sowohl in das Haushaltsrecht des Parlaments wie in die Finanzplanung der Kommunen eingreifen, ohne dass diese in die Beratung einbezogen wurden.

2. Der Kreistag Tübingen fordert die Landesregierung auf, die Verwendung der hohen Steuermehreinnahmen des Landes in den letzten Jahren aufgrund der konjunkturellen Entwicklung offenzulegen.

Begründung: Allein im ersten Halbjahr 2016 hat das Land 2,7 Mrd. Euro an Steuern (14,7 Prozent plus) mehr eingenommen als im Jahr zuvor, deren Verbleib selbst dem Gemeindetag Baden-Württemberg unklar ist. Die Landesregierung spricht von einem angeblichen „strukturellen Haushaltsdefizit“ von 800 Mio. Euro, mit dem sie ihre geplanten Kürzungen von Landeszuschüssen an die Kommunen und Landkreise rechtfertigen will.

3. Der Kreistag Tübingen fordert in Übereinstimmung mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Land-

kreistag Baden-Württemberg höhere Landeszuschüsse für dringend benötigten Mietwohnungsbau, Schulsanierungen und die bessere Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern und weist Forderungen der Landesregierung nach Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen zurück. Als ersten Schritt tritt der Kreistag dafür ein, dass das Land seine Zusage einhält, auf die Vorwegentnahme von 315 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu verzichten. Zugleich fordert der Kreistag die Landesregierung auf, einen Plan auszuarbeiten, wie die große Investitionslücke von 27,2 Mrd. Euro allein in Baden-Württemberg mittelfristig abzubauen ist. Außerdem tritt der Kreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen ein, der von der Landesregierung finanziell auszustatten ist, damit die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gewährleistet wird.

Begründung: Die prekäre Finanzsituation erhält ihre Zuspitzung durch den seit Jahren anhaltenden Investitionsrückstau, der aktuell allein in Baden-Württemberg 27,2 Mrd. Euro beträgt. Bundesweit hat die kommunale Investitionslücke nach dem aktuellen KfW-Kommunalpanel trotz sprudelnder Steuereinnahmen seit 2013 sogar um 20 Prozent auf 136 Mrd. Euro zugenommen.

4. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, künftig mit dem Landkreistag, dem Gemeindetag und dem Städtetag kooperativ zusammenzuarbeiten und nicht über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen zu treffen, die wesentlich in die Haushalte der Kommunen und der Landkreise eingreifen.

Begründung: Die geheimen Nebenabsprachen der Landesregierung haben in der Öffentlichkeit zu einem massiven Vertrauensverlust in das Vorgehen der neu gewählten Regierung, ihrem Versprechen nach mehr Bürgerbeteiligung und darüber hinaus in die Planungssicherheit für Kommunen und Landkreise geführt, zumal in diesem Jahr wichtige Absprachen zwischen Land und Kommunen auslaufen (u.a. Vierjährige Vereinbarung Land-Kommunen einschließlich Konsolidierungsbeitrag).

Survival of the Fittest – Die AfD und ihre Bildungspolitik

Ganz im Ton Mayer-Vorfelders kritisiert die AfD in ihrem Bundesprogramm die „nach unten nivellierende Einheitsschule“. In Landtagswahlprogrammen beklagt sie die „Planierung unseres leistungsorientierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur semi-sozialistischen Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen“. Selbst „offene Kindergartenkonzepte“ stoßen auf Ablehnung. Statt Inklusion soll es überall „leistungshomogene Lerngruppen“ geben, die

Starken dürfen in ihrem Lernerfolg nicht behindert werden durch Inklusion von Behinderten. Mit der Wiedereinführung der verbindlichen Zuweisung zu den drei weiterführenden Schularten nach Klasse 4 will die Rechtspartei zumindest im Süden das gegliederte Schulwesen und die Hauptschule restaurieren. Dagegen sei der Anteil der Abiturienten durch eine „Stärkung des Leistungsprinzips“ zu senken.

Die Grün-Rote Landesregierung in

Stuttgart plane (mit dem Bildungsplan) „die Zerstörung der traditionellen Familie“, ja die Abschaffung des eigenen Volkes, so die stellvertretende Landesvorsitzende Christina Baum. Sie spricht von einem „schleichenden Genozid“, durch Genderismus und einer bewussten „Umvolkung“ durch Zuwanderung. Die Integration von Flüchtlingen wird daher abgelehnt, Kinder von Asylbewerbern sollen, fordert der Thüringer AfD-Vorsitzende

Höcke am 2.2.15, nur „eine Grundbesuchung möglichst in ihrer Muttersprache erhalten“. Nur anerkannte Asylsuchende „sollen regelbesucht werden“ – allerdings nicht „integrativ“ und nicht unterstützt durch Sozialpädagogen und Psychologen, denn eine solche „Ausweitung der unproduktiven Sozialindustrie belastet nur die Steuerzahler“. Für Jörg Meuthen, Fraktionschef der wiedervereinigten AfD in Stuttgart, steckt hinter dem „Deckmäntelchen der Chancengleichheit“ eine große Verschwörung: „Es ist der gezielte und schleichende Weg in den Bildungssozialismus.“ Sein Fraktionskollege Stefan Räßle, ehemaliges Vorstandsmitglied des konservativen Lehrerverbands VBE im Ländle und Förderer der neofaschistischen „Identitären Bewegung“, macht in einer „Wutrede“ die „sinnlosen Irrlehren der neuen Lernkultur“, „die aus der Erziehungswissenschaft und der Didaktik über Ihre GEW-Leute produziert werden“, für die moralische Verwahrlosung verantwortlich. (11.Sitzung 21.7.2016, S.400 ff) „Irrlehren“? Wenig später erregte er Aufsehen mit der Beschimpfung anderer Abgeordneter als „Volksverräter“ und der Willensbekundung „Die im Bundestag würde ich auch aufhängen!“ So die AfD-nahe „Junge Freiheit“.

Roll-Back nach rechts

Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht ist, so Räßle am 24.4. auf seiner Homepage, sei „nur noch

als kriminell zu bezeichnen“ – müsse also strafrechtlich verfolgt und unterbunden werden. Gegen (harmlose) Arbeitsblätter des Schroedel-Verlags mit Auszügen des Parteiprogramms kündigte er Strafanzeige an und rief dazu auf, „umgehend ALLE Druckerzeugnisse des Schroedel-Verlages zu boykottieren.“ In der ersten Anfrage der AfD unterstellte die Abgeordnete Baum (DS 16/24) der Landesregierung eine Mitbeteiligung und wollte wissen, an welchen Schulen die Arbeitsblätter eingesetzt werden.

„Frau Merkel ist eine Verbrecherin am deutschen Volk, die ihre Jahre im Gefängnis absitzen müsste“, so der neugewählte Abgeordnete Heinrich Fiechtner (Stuttgarter Zeitung 15.1.16). In der AfD dominiert ein Freund-Feind-Denken, in dem Gegner kriminalisiert und Migranten zu Krankheitserregern erklärt werden: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!“ kündigte Markus Frohnmeier, Landeschef der Jungen Alternative, an. Vor Ort greift die AfD – wie in Bernhausen bei Stuttgart – ganze Lehrerkollegien als „rot-grün geprägt“ an. Einzelne Lehrerinnen und Lehrer werden angegangen, weil sie „die AfD als Partei Ewiggestriger bezeichnen“ hätten. „Diese Verbrecher gehören auf die Anklagebank wegen Volkshetze!“ kommentiert dann der offenbar schon auf Femegerichte schielende Anhang (AfD Kinzigtal 20.5.16). „Frau Merkel ist eine

Verbrecherin am deutschen Volk, die ihre Jahre im Gefängnis absitzen müsste“, so der neugewählte Abgeordnete Heinrich Fiechtner (Stuttgarter Zeitung 15.1.16).

Die AfD versucht die politische Lücke zu schließen, die aus einer eher pragmatischen Bildungs- und Familienpolitik der CDU entstanden ist. Während die CDU wenigstens äußerlich ein Zweigliedriges System von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ebenso akzeptiert wie eine Individualisierung des Unterrichts, zielt die AfD auf eine Re-Ideologisierung der Schulpolitik, verbunden mit einem Roll-Back zurück zu Dreigliedrigkeit und zentralisiertem Unterricht. Sie greift also rechtskonservatives Gedankengut auf, radikalisiert es in ihrer praktischen Politik aber dadurch, dass sie es mit Drohungen und Einschüchterungen, aber auch mit einem „Kampf um die Straße“ flankiert.

Bei den Protesten gegen die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Bildungsplan in Stuttgart und Hannover seit 2014 und in Wiesbaden am 30.10.2016 wird mit der Mobilisierung eines bisher eher stillen Milieus nicht nur versucht, einen Kulturkampf zu provozieren. Dass zu diesen „Demos für alle“ ein Spektrum von Neonazis bis hin zu christlichen Fundamentalisten in der CDU mobilisiert verrät den Versuch, ein neues rechtes Hegemonialprojekt zu entwickeln, in dessen Mitte ein AfD-nahes Netzwerk steht.

Erhard Korn

Neu bei Rosa-Luxemburg-Stiftung: Das KPD-Verbot 1956 Vorgeschichte und Folgen der Illegalisierung der KPD in Westdeutschland

Herausgegeben von Bernd Hüttner und Gregor Kritidis ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Aufsatzsammlung zum 60. Jahrestages des KPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht herausgekommen, das die historischen Umstände

durchaus mit neuen Gesichtspunkten beleuchtet. Wir dokumentieren das Vorwort:

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde am 17. August 1956 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten, die Organisation for-

mal aufgelöst, das Parteivermögen eingezogen. In allen großen westdeutschen Städten wurden Parteibüros durchsucht und anschließend geschlossen, Druckereien beschlagnahmt, Propagandamaterial in großen Mengen sichergestellt, das Parteivermögen eingezogen. Zahlreiche Funktionäre wurden verhaftet.

Die KPD selbst hatte zum Zeitpunkt ihres Verbotes ungefähr 85 000 Mitglieder, war aber, so Georg Fülberth, „völlig isoliert“. Nicht nur in Deutschland stand die kommunistische Bewegung noch unter dem Eindruck des XX. Parteitages der KPdSU, auf dem wenige Monate zuvor einige Verbrechen des Stalinismus zur Sprache gekommen waren. Durch das Verbot wurde die (nun illegale) KPD weiter geschwächt und konnte in den Jahren 1957 bis 1960 gerade noch rund 12 000 Mitglieder organisieren.

Im politischen Klima des beginnenden Kalten Krieges hatte die Bundesregierung den Verbotsantrag bereits 1951 gestellt. Innenpolitisch herrschte in der jungen Bundesrepublik eine politische Justiz, die sich auf eine weitgehende personelle Kontinuität zur NS-Justiz stützen konnte. Repressionen gegen Linke waren weit verbreitet und wurden durch das

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Bildungsprogramm Dezember 2016 – Februar 2017

Peter Weiss 100. Der Schriftsteller Peter Weiss und an sein Werk
06.12., 19.00 Uhr, KOMMA, Maille 5, Esslingen

Die neuen Gegenläufer - Christlicher Fundamentalismus in Deutschland
13.12., 19.30 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Arbeit und Beschäftigung in Frankreich und Deutschland
15.01., 17.00 Uhr, Kulturzentrum Merlin, Augustenstrasse 72, Stuttgart

Russland?! Wie ist das Land, seine Politik nach innen und außen, sein Präsident Putin einzuschätzen?
18.01., 19.00 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Russland?! Wie ist das Land, seine Politik nach innen und außen, sein Präsident Putin einzuschätzen?
19.01., 19.30 Uhr, Ebene 3 Kulturforum im K3, Berliner Platz 12, Heilbronn

«Viktors Kopf». Der Film über das Leben des Georg Viktor Kunz erzählt schonungslos, persönlich und emotional eine Zeitreise zwischen NS-Vergangenheit und Gegenwart, zwischen Verdrängung und Wahrheit.
22.01., 17.30 Uhr, Kommunales Kino, Urachstraße 40, Freiburg

25.01., 18.00 Uhr, Kino Arsenal, Am Stadtgraben 33, Tübingen

Diskriminierendes Arbeitsrecht in kirchlichen Einrichtungen
26.01., 19.30 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

«Vom Pöbel zum Proletariat». Oder: Die Konstituierung der Arbeiterschaft zum Subjekt in der frühen Arbeiterbewegung
08.02., 19.00 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

20 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg.
Einladung zum Jubiläums- und Neujahrsempfang
12.02., 11.00 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Vorschau

Heimat. Internationale Wochen gegen Rassismus - vom 13.03.-26.03. in Stuttgart. Thementag der RLS BW über «Heimat in der multikulturellen Gesellschaft»
21.03. Forum, Gymnasiumstr. 21, Stuttgart

Bildungsreise nach Belgrad. Von wegen sicher - Das Konzept der «sicheren Herkunftsländer» am Beispiel Serbien
September/Oktober 2017

Infos und Kontakt: www.rls-bw.de | mail: bawue@rosalux.de | Tel. 0711 99 79 70 90 | Fax: 0711 99 79 70 91
V.i.S.d.P.: Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg, Ludwigstr. 73A, 70176 Stuttgart

KPD-Verbot noch verstärkt. Gegen mehrere Zehntausend Linke wurden Prozesse angestrengt und über 3000 Personen in den folgenden Jahren verurteilt, vielfach aus heute nichtig erscheinenden Gründen. Heinrich Hannover berichtet etwa von einem parteilosen Bremer Betriebsrat, der als Gast an einem Kongress des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der DDR teilgenommen hatte und aufgrund dieser „Kontaktschuld“ im Januar 1962 vom Landgericht Lüneburg wegen „verfassungsfeindlicher Beziehungen“ und wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt wurde. Die Strafe wurde allerdings zur Bewährung ausgesetzt, weil der Angeklagte „im Krieg seine Pflicht erfüllt hatte“.

Das Verbot hat bis heute Wirkung gezeigt: Es hat nie eine Re-Legalisierung der KPD gegeben. Stattdessen wurde eine „neue“ kommunistische Partei zugelassen, die 1968 gegründete und noch heute existierende Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Ihre Gründer haben sie den alten Kadern mit dem Argument schmackhaft gemacht, dass die russischen GenossInnen immer von der Deutschen KP gesprochen und geschrieben hätten. Die in diesem Materialien-Band versammelten Beiträge resultieren aus der Forschung und Publizistik zum Linkssozialismus in der frühen Bundesrepublik und zur Geschichte der Überwachung linker und demokratischer Opposition beziehungsweise zu ihrem Widerstand dagegen. Sie ordnen das KPD-Verbot in das Zeitgeschehen ein, vertiefen

verschiedene Aspekte, vertreten unterschiedliche und teilweise auch pointierte Positionen.

Spannend sind aus heutiger Sicht weniger die juristischen Einzelheiten, sondern die politischen Folgen des Urteils. Es liegt uns heute nicht daran, die KPD zu idealisieren, was angesichts ihrer nationalistischen Rhetorik auch schwerfallen dürfte. Wir wollen erst recht keiner SED-DDR-Rechtfertigung, wie wir sie von Teilen der Linken immer noch kennen, Vorschub leisten. Es geht uns aber ausdrücklich darum, den Antikommunismus als demokratiegefährdendes, wiewohl gern benutztes und wirksames Vehikel des politischen Kampfes in der frühen Bundesrepublik deutlich zu machen und scharf zu kritisieren.

Sonderseiten LandesvertreterInnenversammlung

Auf der am 28. Januar stattfindenden LandesvertreterInnenversammlung wählen wir unsere Landesliste zur Bundestagswahl 2017. Auf den folgenden Seiten präsentieren wir sämtliche bisher eingegangenen Bewerbungen in alphabetischer Reihenfolge. Danach folgen die Beschlüsse der Landes- und Bundespartei für die Kandidatinnen und Kandidaten.

Christian Anschütz, 60 Jahre, Diplom Physiker, KV Kraichgau-Neckar-Odenwald.

hiermit bewerbe ich mich für die Landesliste zur Bundestagswahl 2017. Als Vorstandssprecher des KV Kraichgau-Neckar-Odenwald sage ich schon jetzt, dass ich im Fall eines Bundestagsmandates größten Wert darauf lege, mit meinen Wählern im Dialog zu sein und nur in ihrem Auftrag zu handeln. Die Grundlage dafür ist unser Parteiprogramm, auf das wir stolz sein können. Es trifft für alle Bereiche unseres Lebens die richtigen Aussagen. Eine Vereinnahmung unser Mandatsträger durch Lobbyisten lehne ich strikt ab.

Neoliberalismus ist die Geißel unserer Zeit und mehr als nur ein Wirtschaftskonzept. Er ist eine Ideologie, die nur einer Minderheit dient und alle Bereiche unseres Lebens durchdringt. Es entsteht eine Ellbogengesellschaft, die die Solidarität unter den Menschen zerstört. Egoismus, Rassismus und die Aushöhlung der Demokratie sind die Folgen. Schluss damit!

Der Frieden ist das kostbarste Gut. Ihn zu bewahren ist unser aller Pflicht. Und das geht nicht ohne gute Beziehungen auch zu Russland und China in einer multipolaren Welt! Wir dürfen uns nicht wie unsere Vorfahren gegen diese oder andere Länder aufwiegeln und in den Krieg schicken lassen - auch dann nicht, wenn wir Kritik an ihren Repräsentanten haben.

Schon heute macht es keinen Unterschied, welche Parteien gerade in Berlin

regieren. Dieser Trend wird sich weiter verstärken. ESM, Schuldenbremse, CETA & TTIP werden künftige Regierungen faktisch handlungsunfähig machen. Demokratie und Rechtsstaat werden zur Farce. Deshalb sage ich: Finger weg von Regierungsbeteiligungen! Es wäre politischer Selbstmord!

Unsere Politik muss außerhalb des Parlamentes überparteiliche Bündnisse unterstützen und Widerstand gegen neoliberale Politik in der Gesellschaft organisieren. Die Linke im Bundestag muss ergänzend

- dem Protest auf der Straße eine Stimme geben,
- Missstände thematisieren und Anträge stellen,
- Protestaktionen planen,
- Organklagen / Verfassungsklagen wie gegen den ESM oder CETA einreichen
- die Korruption anderer Parteien entlarven
- sich von neoliberaler Politik distanzieren und ihr destruktives Wesen sichtbar machen

Rote Haltelinien funktionieren nicht, solange mögliche Koalitionspartner einer ganz anderen Politik verpflichtet sind. Es ist in diesem Fall besser, wenn wir in der Opposition stärker werden und dabei unsere Glaubwürdigkeit bewahren. Wir können stolz darauf sein, als einzige Partei keine Großspenden aus der Industrie zu bekommen!



Ich bin Diplom-Physiker und unterstütze CubaSi sowie die Freundschaftsgesellschaft BRD/Kuba. Als Vertrauensmann und Delegierter der IG Metall Heidelberg sind meine Interessenschwerpunkte die Informationstechnologie, Friedens-, Energie-, Umwelt- & Sozialpolitik.

Oskar Lafontaine sagt: „Demokratie ist, wenn sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen“. Dafür will ich mit Euch auf der Straße und im Bundestag wirken. Ich bitte um Euer Vertrauen!

Gökay Akbulut, 34 Jahre, Referentin für Migration und Bildung bei der RLS, KV Mannheim

34 Jahre, geb. in Pinarbasi/Türkei, seit 1990 in Deutschland

- Studium: Politische Wissenschaften, Soziologie und öffentliches Recht, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Abschluss Magister (M.A.)
- Praktika: Vereinte Nationen in New York, MdB-Büros Alexander Ullrich und Heike Hänsel im Bundestag.
- Sprachen: Kurdisch, Türkisch, Deutsch, Englisch, Französisch (Grundkenntnisse)
- Beruf: Berufsberaterin für SchülerInnen mit Migrationshintergrund, freiberufliche Dozentin. Derzeit Referentin für Migration und Bildung bei RLS.
- Ehrenamt: Seit Mai 2014 Gemeinderätin für die DIE LINKE in Mannheim
- Mitgliedschaften: GEW, RLS, attac, Eine Welt Forum, Mehr Demokratie e. V., Civaka Azad e.V.

Ich wurde als Direktkandidatin im Kreisverband Mannheim mit 96% der Stimmen aufgestellt. Mitglied der LINKEN bin ich seit 2007, aktiv im Kreis- und Landesvorstand und in den LAG Migration und Antirassismus, Frauenpolitik und Bildung. Bei den Landtagswahlen 2016 war ich mit Bernd Riexinger Spitzenkandidatin. Als Stadträtin engagiere ich mich vor Ort und bin täglich mit den wachsenden Aufgaben der Kommunen und deren Unterfinanzierung konfrontiert. Ich bewerbe mich für Platz 3 der Landesliste. Meine politischen

Martin Auerbach, 40 Jahre, Jugend- und Heimerzieher, KV Esslingen

„Reichtum ohne Gier“, als Esslinger freue ich mich, dass unsere Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht nach Esslingen kommt, um, im Rahmen der LesArt über ihr Buch zu berichten. Beruflich und als Linker habe ich aber eher mit den Menschen zu tun, für die Reichtum mit und ohne Gier, erst mal nicht das Hauptthema ist.

Ich bin Martin Auerbach, 40 Jahre alt und Jugend- und Heimerzieher. Ich arbeite mit Familien die sich in Krisen befinden und sich Hilfe erwarten. Jährlich begleite ich ca. 80- 120 Jugendlichen und deren Familien und es gelingt mir meist gute und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Als Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung bin ich für die Mitarbeitervertretung (MAV) die „kirchengemäße“ Form von Betriebsrat) zu 50% freigestellt. Seit 2008 bin MAV-Vorsitzender in dieser Einrichtung. Außerdem bin ich aktiver Gewerkschafter und sitze als Stadtrat für die Linken im Esslinger Gemeinderat, wenn dann noch Zeit bleibt spiele ich gerne Schach.

Im Frühjahr 2016 wurde ich erneut in den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV)

Schwerpunkte sind:

Flucht und Integration: Da ich selbst aus einer Arbeiterfamilie mit Migrationshintergrund komme, weiß ich, wie schwer es ist, hier anzukommen. Die gleichberechtigte soziale, politische und gesellschaftliche Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen ist ausschlaggebend für eine gelungene Integration. Wir brauchen umfassende, auf kommunaler Ebene umsetzbare Konzepte für die dezentrale Unterbringung, Sprachkurse, Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Gesundheitsversorgung. Damit gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und die von rechts betriebene Spaltung der Gesellschaft bekämpft wird.

Bildungsgerechtigkeit: Nur wenn alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bessere Bildungschancen und einen gesicherten Zugang zu Ausbildung und Beruf bekommen, kann Inklusion gelingen. Ich setze mich für eine kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule ein.

Gleichstellungspolitik: Die höhere Repräsentanz von Frauen in Politik, Wirtschaft und Führungspositionen sowie die Aufwertung der sozialen Berufe sind Maßnahmen für eine wirkliche Gleichstellungspolitik. Im Rahmen eines Praktikums bei den Vereinten Nationen habe ich Erfahrungen mit der Umsetzung von gleichstellungspolitischen Konzepten sammeln können.

Türkei/Kurdistan: Ich setze mich

gewählt, die AGMAV vertritt die Interessen von 45000 Beschäftigten im Diakonischen Werk Württemberg. Wir beraten und bilden Mitarbeitervertretungen im kirchlichen Arbeitsrecht aus. Als aktives Ver.di Mitglied wurde ich in verschiedene Vorstände auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene gewählt, dadurch machte ich vielfältige Erfahrungen in der Durchsetzung von Beschäftigteninteressen. Ehrensache, dass ich mich auch in der LAG Betrieb&Gewerkschaft engagiere und von den Landesarbeitsgemeinschaften in den Landesausschuss delegiert wurde.

Im vergangenen Landtagswahlkampf kandidierte ich für die Linken in Esslingen. Bei den vielen Veranstaltungen und Infoständen machte ich die Erfahrung: Die Wählerinnen und Wähler wollen ernst genommen werden, sie sind das Gerechte von Eigenverantwortung und „Fördern und Fordern“ leid. Sie wollen Politiker, die vor allem zuhören können, sich ihrer Probleme annehmen und Lösungen anbieten. Es muss gelingen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Werkverträge und Leiharbeit zurück zu drängen, befristete Arbeitsverträge zu verbieten und prekäre Beschäf-



seit meiner Jugend für eine friedliche Lösung des Kurdistankonfliktes ein und habe Familienangehörige in diesem Krieg verloren. Solange autoritäre Regime wie die Türkei als Partner des Westens unterstützt und Rekordumsätze mit Waffenexporten gemacht werden, sind Menschen gezwungen zu fliehen. Gegen die neo-imperialistischen Kriege und die deutsche Vormachtspolitik in Europa brauchen wir eine friedliche und solidarische linke Politik, die zur globalen Umsetzung sozialer Rechte beiträgt. In BW möchte ich die Zusammenarbeit zwischen Bundestagsabgeordneten und den Kreis- und Ortsverbänden stärken und bitte dafür um Eure Unterstützung.



tigung zu verhindern. Dazu braucht es einen sozialen Staat und nicht einen für die neoliberalen Geschäftemacher! Hierfür werde ich mich einsetzen und bitte um Unterstützung, denn diese Herkulesaufgabe können wir nur gemeinsam und mit langem Atem schaffen! Ich kandidiere für den Wahlkreis 261 Esslingen und ab Platz 7 auf der Landesliste.

Michel Brandt, 26 Jahre, Schauspieler am Badischen Staatstheater, KV Karlsruhe

Bewerbung für Platz 4 der Landesliste Baden-Württemberg bei der Bundestagswahl 2016

DIE LINKE Karlsruhe (Stadt) hat mich einstimmig zum Bundestagskandidaten nominiert. Damit verbunden ist der Wunsch von Stadtverband und Kreisvorstand, dass ein Karlsruher Kandidat in den Bundestag einzieht und ein Generationenwechsel stattfindet. Meine Kandidatur wird von der linksjugend [solid] Baden-Württemberg unterstützt.

Wir leben in Zeiten, in denen das soziale Ungleichgewicht ein unerträgliches Ausmaß erreicht, in denen prekäre Arbeitsbedingungen an der Tagesordnung sind und immer mehr Menschen von der herrschenden Politik ausgegrenzt werden.

Leiharbeit, Frist- und Werkverträge, sinkende Löhne usw. nehmen v.a. jungen Menschen die Chance auf soziale Sicherheit. Als Personalrat des Badischen Staatstheaters kämpfe ich täglich für faire Arbeitsbedingungen und gegen unsichere Beschäftigung. Unser Einsatz ist mit dem Deutschen Personalrätepreis 2016 in Bronze ausgezeichnet worden.

Ich vertrete DIE LINKE in zahlreichen Initiativen und Bündnissen

(u.a. Netzwerk gegen Rechts, Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe, Antira-Bündnis BW), bin im Sprecher*innenrat des Stadtverbands und war zuletzt bei der Landtagswahl 2016 Kandidat für Karlsruhe. Mit unserer Aktivist*innengruppe AKT – aktion.kollektiv.theatral haben wir den Landtagswahlkampf kreativ unterstützt und so viele neue Mitglieder, Sympathisant*innen und Wähler*innen gewonnen. Die Verbindung außerparlamentarischer linker Bewegungen mit der Partei DIE LINKE ist mir ein wichtiges Anliegen.

Seit meiner Jugend bin ich im Kampf gegen Nazis und Rassismus, Castor, Irakkrieg und später in Stuttgart gegen S21 und Atomkraft engagiert. In Karlsruhe bin ich Organisator zahlreicher Aktionen gegen Rechts und TTIP/CETA. Initiiert habe ich die Kampagne „Spart’s euch“ gegen die Sparmaßnahmen der Stadt Karlsruhe, bin an Aktionen gegen Sammelabschiebungen beteiligt und habe die Antirassistischen Aktionstage mitorganisiert.

Eins meiner Ziele ist es, das kulturpolitische Profil der Partei DIE LINKE zu stärken. Zum einen liegt im Kultur-



sektor ein großes linkes Potenzial brach, zum anderen geht es darum, die überwiegend prekären Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Ich freue mich über eure Unterstützung bei der Kandidatur auf Platz 4 der Landesliste, um gemeinsam für eine soziale, solidarische, ökologische, feministische und weltoffene Gesellschaft zu streiten, für eine radikale Umverteilung von oben nach unten!

Thurid Feldmann, 52 Jahre, OV Bruchsal, KV Karlsruhe, Stadträtin in Bruchsal

Ausbildung zur Friseurin, Umschulung zur Industriekauffrau.

Seit knapp 30 Jahren im Reifenhandel tätig.

Tätigkeit als Teamleiterin der Beschwerdeline.

Seit 2007 Mitglied bei DIE LINKE, zuvor Austritt nach Agenda 2010 aus der SPD.

Mitinitiatorin von „Wir für Menschlichkeit“ – Organisation gegen Rechts“, mit einer öffentlichen Rede beim ersten Aufmarsch in Bruchsal

Warum engagiere ich mich für DIE LINKE

Staatliche, länder- oder kommunalrechtliche soziale Gegebenheiten werden ersatzlos gestrichen und Menschen werden degradiert in Hartz IV und Altersarmut. Es gibt in Deutschland mittlerweile so viele Analphabeten wie noch nie zuvor. Menschlichkeit bleibt vermehrt dem Wohlwollen der Superreichen in Form von Spenden und humanitärer Hilfe überlassen, die wir ohne dieses kranke System gar nicht erst bräuchten. Ökologie und Klimaschutz werden zu Fremdwörtern nicht nur in unserer Regierung und Parteien die diese Begriffe früher auf ihren Fahnen stehen hatten werden zu Handlangern des bestehenden

Systems, ohne sich zu hinterfragen oder ihre schwarzen Entscheidungen auf den Prüfstand zu stellen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich auf die Begriffe, die auf ihrer Fahne stehen, noch hält.

Warum sollte man mich wählen

Durch mein kommunales Engagement als Stadträtin in Bruchsal für DIE LINKE konnte ich in den letzten 3 Jahren feststellen, woran es bei den Bürgern wirklich mangelt, woher ihr Ängste kommen und das genau gar nichts dagegen unternommen wird, weil auch die Kassen der Gemeinden immer leerer werden. Ich bin die sogenannte Masse, die Mittelschicht die dringend im Bundestag einen Platz braucht, damit das Volk auch wirklich mal dort ankommt. Ich kann die Existenzängste meiner Freunde und Kollegen nachvollziehen, da sie auch mein eigen sind und da ich die Ängste der Bevölkerung teile bin ich auch genau die richtige Frau für diesen Job.

Was ich tun werde, wenn ich gewählt werde

Themen wie Krankenhausschließungen, Umgehungsstraßen oder Gemeinschaftsunterkünfte und Anschlussunterbringung sind die Themen, die unsere Gemeinden nicht nur an ihre finanziellen



Grenzen bringen, sondern auch an ihre konzeptionellen. Ideale sind nicht weiter finanzierbar und ab 2020 werden durch die Schuldenbremse noch mehr Schultolletten aussehen wie Schweineställe und noch mehr Mittagessen in den Mensen für die Eltern nicht mehr finanzierbar sein. Genau diese Themen – die sozialen – die die Kommunen betreffen – würde ich im Bundestag vertreten und dafür alles tun um solche Idioten wie die Schuldenbremse auszulöschen.

Heike Hänsel, 50 Jahre, Bundestagsabgeordnete, KV Tübingen

Bewerbung für Landesliste Platz 2

Ich bewerbe mich erneut um Landeslistenplatz 2 für die kommende Bundestagswahl. Ich habe Ernährungswissenschaften studiert und bin seit 2005 für Die Linke im Bundestag. Seit dieser Zeit bin ich entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion und seit 2009 Vorsitzende des Unterausschusses für Vereinte Nationen und Globalisierung. Vor gut einem Jahr wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Ich habe ein Wahlkreisbüro in Tübingen und ein Regionalbüro in Ulm.

Im Parlament arbeite ich zu internationaler Friedenspolitik, multinationale Konzerne und Freihandelspolitik der EU, globale soziale Rechte, Linke Regierungen und soziale Bewegungen in Lateinamerika, sowie zu den Kriegs- und Konfliktregionen Mittlerer und Naher Osten. Dazu kommt die Zusammenarbeit und Unterstützung linker, demokratischer Kräfte in der Türkei wie der HDP und Solidaritätsaktionen für die kurdischen Selbstverwaltungsprojekte im Südosten der Türkei und in Rojava im Norden Syriens.

Außerparlamentarisch habe ich

mich unter anderem in der Solidaritätsarbeit mit Geflüchteten engagiert, sowohl auf der griechischen Insel Lesbos, als auch vor Ort in Tübingen und Stuttgart. Daraus sind zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen zum Thema „Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge“ entstanden.

Für mich sind ein konsequent friedenspolitisches Programm, die Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr verbunden mit einem Verbot von Rüstungsexporten und eine internationalistische Ausrichtung unserer Partei unabdingbar und identitätsstiftend. Dies darf für Die Linke nicht verhandelbar sein. Statt Hochrüstung, Militarisierung und Abschottung brauchen wir die Wiederherstellung des Sozialstaates, eine soziale Offensive für alle. Dies ist die beste Antwort auf erstarkende rassistische und rechtspopulistische Bewegungen.

In der Fraktion bin ich zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Finanz- und Personalpolitik und die Kontaktstelle soziale Bewegungen. Dies ist eine intensive Arbeit, trotzdem versuche ich, so viel wie möglich auch in Baden-Württemberg präsent zu sein und die Basis vor



Ort zu unterstützen. Dies möchte ich gerne fortsetzen. In der Fraktion ist es uns gelungen, über Flügelgrenzen hinweg eine gute Zusammenarbeit zu organisieren, die uns auch nach außen stärker macht in der politischen Auseinandersetzung. Eine solidarische Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Positionen, die auch fortbestehen, ist eine Grundvoraussetzung für eine starke Linke, dazu möchte ich weiterhin beitragen.

Claudia Haydt, 49 Jahre, Dozentin für Sozialarbeit, wiss. Mitarbeiterin, KV Bodensee

Bewerbung als Kandidatin für die Bundestagswahl 2017

Soziale Gerechtigkeit

Der soziale Kahlschlag hat einen Namen: Hartz IV. Der soziale Frieden in unserer Gesellschaft ist akut gefährdet. Wir müssen es schaffen, die kritische öffentliche Stimmung in breiten Protest zu verwandeln. Als langjährige nebenberufliche Dozentin von zukünftigen Sozialarbeiter*innen kann ich dazu sicher einen Beitrag leisten.

Politik vor Ort und in Europa

Bundespolitische Themen haben ihre konkreten Auswirkungen vor Ort. Meine Erfahrungen als frühere Kommunalpolitikerin im Tübinger Kreistag und im Gemeinderat (teils als Fraktionsvorsitzende) prägen meinen Zugang zu politischen Themen. Wir müssen vor Ort sowohl Widerstand organisieren, als auch Alternativen sichtbar machen - so lässt sich eine Dynamik für linke Politik erzeugen.

Seit 2010 bin ich im Vorstand der Europäischen Linkspartei [EL]. Was in den Ländern des Südens geschieht, darf uns im angeblich ökonomisch stabilen Deutschland nicht egal sein. Es geht überall und grundsätzlich um die Frage der extrem ungerechten Verteilung der Einkommen und Vermögen. Die

Menschen im Süden sind die Versuchskaninchen für drastischen Sozialkahl-schlag, für Zerstörung von Gewerkschaftsrechten und für den Abbau der Demokratie. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, sondern müssen gemeinsam kämpfen gegen einen amoklaufenden Neoliberalismus.

Besonders unerträglich ist die Tatsache, dass die EU sich gegen Menschen auf der Flucht abschottet und so für Tausende von Toten im Mittelmeer verantwortlich ist. Als LINKE setzen wir uns ein dafür, dass Fluchtursachen (Rüstungsexporte, ungerechter Welt-handel etc.) entschlossen bekämpft und legale und damit sichere Wege für Einwanderung geschaffen werden.

LINKE Politik

Der Erfolg unserer Partei beruht vor allem auf ihrer inhaltlichen Klarheit. Keine der anderen Parteien vertritt die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens auch nur annähernd glaubwürdig. Je mehr sich die wirtschaftliche und soziale Situation zuspitzt, umso nötiger ist eine konsequente und starke linke Politik.

Der Kreisverband Bodensee hat mich als Kandidatin aufgestellt. Wenn Ihr wollt, dann stehe ich auch für eine Kandidatur auf der Landesliste zur



Verfügung. Ich werde voraussichtlich ab Platz drei antreten.

Biographisches

49 Jahre, geb. in Friedrichshafen, Ausbildung Heilerziehungspflege, Studium der Religionswissenschaft und Soziologie.

Berufliche Tätigkeiten: Dozentin für Sozialarbeit, wiss. Mitarbeiterin bei einer Abgeordneten, Schwerpunkt: Menschenrechtspolitik.

Alexander Kauz, 58 Jahre, Maschinenbauingenieur, KV Emmendingen – Lahr

Die Kreiswahlversammlung hat mich zum Kandidaten des Wahlkreises gewählt und unterstützt meine Kandidatur. Nun bitte ich um Euer Vertrauen für Platz 6 auf der Landesliste.

Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Armut und Perspektivlosigkeit werden tabuisiert. Nur mit einer klaren Strategie und guten Kampagne der LINKEN können wir abhängig Beschäftigte und Menschen, die auf ALG-II oder SGB Leistungen angewiesen sind, zurückgewinnen und für uns motivieren. Die Orientierung der Regierenden auf die Interessen der obersten 10 Prozent der Bevölkerung hat einen zunehmenden Anteil der Bürger*innen von der Politik enttäuscht. Sie fühlen sich nicht mehr repräsentiert. Wir können das ändern.

Der Finanzkapitalismus wird nicht in einer Legislaturperiode überwunden. Das müssen wir den Menschen ehrlich sagen und ihnen gleichzeitig Mut machen, für soziale Rechte und Sicherheiten zu kämpfen.

Rechte machen Flüchtlinge verantwortlich für die soziale Schieflage. Wir LINKE setzen dagegen die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen sind nicht ver-

handelbare Grundsätze.

Regieren oder aus der Opposition heraus verändern?

Die Linke ist im politischen System etabliert. Dies ist unser gemeinsamer Erfolg. Wir stellen einen Ministerpräsidenten und leisten in Landtagen und Bundestag gute Oppositionsarbeit.

Ein Teil unserer Wähler*innen erwarten eine Abwahl der jetzigen großen Koalition und bauen auf eine linke Alternative.

Werden die Reichsten in Deutschland gerecht zur steuerlichen Verantwortung gezogen, im ersten Schritt das Hartz-IV System abgeschafft und Armutsrenten durch eine würdige Mindestsicherung ersetzt werden, das Rentenniveau wieder auf größer 50 Prozent angehoben, dann kann ich mir eine solche Regierungskonstellation vorstellen.

„Sind allerdings SPD und Grünen Militäreinsätze wichtiger als sozialen Reformen und orientieren sie sich weiter an den Interessen des Finanzmarktkapitalismus, dann ist der Platz der LINKEN



weiterhin in der Opposition!“

Mit diesem Abriss bitte ich um Euer Vertrauen und zur Wahl auf Platz 6 der Landesliste.

2005 war ich der PDS beigetreten, bin Mitglied in „Betrieb und Gewerkschaft“ und gehöre seit diesem Jahr dem erweiterten Landesvorstand und dem Präsidium des Bundesausschusses an.

Für Fragen kontaktiert mich bitte unter akauz@t-online.de. Gerne komme ich in Eure Kreisverbände und stehe Rede und Antwort. Im Januar 2017 unternehme ich allerdings eine lang geplante Reise und stehe ab dem 23. Januar wieder zur Verfügung.

Sahra Mirow, 32 Jahre, wiss. Mitarbeiterin, KV Heidelberg

Bewerbung für einen aussichtsreichen Listenplatz auf der Landesliste Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2016

Gerecht und solidarisch - Vorfahrt für Soziales

Liebe Genossinnen und Genossen, die kommende Bundestagswahl wird bedeutend sein, denn die Welt ist im Wandel. Nie zuvor war die Kluft zwischen Arm und Reich so groß, nie zuvor gab es einen so großen Niedriglohnsektor und nie zuvor wurden die sozialen Sicherungssysteme derart ausgehöhlt. Wenn immer mehr Menschen Altersarmut fürchten müssen, wenn selbst das Existenzminimum noch weiter gekürzt wird, wenn sich junge Menschen von einer Befristung zur nächsten hangeln müssen,

dann erleben wir die Folgen der Agenda 2010 ganz direkt. Dieser Demontage des Sozialstaates folgt die soziale Kälte. Hier finden die geistigen Brandstifter ihren Nährboden, hier werden Ressentiments, Hass und Ausgrenzung geschürt.

Als LINKE stehen wir für einen anderen Weg. Wo andere Verteilungskämpfe anzetteln, bauen wir soziale Grundrechte aus. Wir fordern eine würdige Grundsicherung von mindestens 1050 Euro und dass sich die Vermögenden endlich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Wir kämpfen für sozialen Wohnungsbau und wollen in Bildung und Gesundheit investieren.

Kurz: Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, die allen Menschen eine gerechte Teilhabe ermöglicht – unabhängig ihres Einkommens, ihrer Herkunft oder ihres Geschlechts!

Damit das keine Vision bleibt, müssen wir an der Lebensrealität der Menschen anknüpfen und vor Ort für eine Verbesserung der Lebensumstände kämpfen. Deswegen engagiere ich mich für die Kampagne Das muss drin sein und mache mich im Landesvorstand für die Themen Sozial- und Jugendpolitik stark. Und auch meine Erfahrung als Fraktionsvorsitzende im Heidel-



berger Stadtrat zeigt, dass dieser Kampf gelingen kann: Hier haben wir unter anderem eine Erhöhung der Mietzuschüsse für Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger durchgesetzt.

Wichtig ist für mich außerdem, die Verteilungsfrage nicht nur hier in Deutschland zu stellen – unsere Solidarität ist international! Streiten wir deshalb gemeinsam für eine gerechte und friedliche Welt!

Mein Engagement möchte ich im Bundestag fortsetzen, um damit ein Zeichen für mehr Soziales zu setzen. Dafür bitte ich um eure Unterstützung.

Solidarische Grüße, Eure Sahra Mirow, Sahra.mirow@die-linke-bw.de

Sahra Mirow

- Geb. 1984 in Lübeck
- Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Michael Schlecht, MdB
- Studium: Ostasienswissenschaften und Archäologie
- Stadträtin und Fraktionsvorsitzende in Heidelberg: Sozial- und Jugendausschuss
- geschäftsführender Landesvorstand, Kreisvorstand
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (BW und Bund)
- Gewerkschaft Ver.di
- Mehr Demokratie e.V. und LobbyControl
- LAG Frauen, LAG Demokratie und Bürgerrechte, LAG Betrieb und Gewerkschaft, LAG Frieden
- Friedenspolitisches Bündnis Heidelberg

Tobias Pflüger, 51 Jahre, Politikwissenschaftler (M.A.), Angestellter, stellvertretender Parteivorsitzender, Wahlkreis 281 Freiburg

Kandidatur für Platz 4 der Landesliste der LINKEN Baden-Württemberg

In Zeiten wie diesen ist es dringender denn je mit klaren linken Positionen auf der Straße, in Versammlungen und im Parlament Politik zu machen. Die regierende „große Koalition“ aus CDU/CSU/SPD und die Grünen, sowie natürlich die AfD, stehen für so viel, was wir, im Interesse der Menschen, anders wollen: nur einige wenige Stichworte:

- Ursula von der Leyen hat nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten eine verstärkte Aufrüstung nicht nur der NATO, sondern besonders der EU angekündigt. Es soll eine immens teure Aufrüstungswelle folgen, zuerst hieß es 130 Mrd. Euro bis 2030, nun soll es deutlich mehr werden.
- Die höchsten Zahlen bei Rüstungsexporten, die es jemals gegeben hat, ist unter „schwarz-rot“ „erreicht“ worden, der verantwortliche Minister ist Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD).
- Es wurde eine Erbschaftssteuerreform beschlossen, die eindeutig die Reichen schon. Die grün-schwarze Landes-

regierung hat sich an dieser Ungerechtigkeit aktiv beteiligt.

- Das Freihandelsabkommen CETA wurde unter Vortäuschung falscher Tatsachen durch die SPD und innerhalb der EU durchgepeitscht.
 - Die Koalition von CDU, CSU und SPD verantwortet die restriktivste und brutalste Asylpolitik, die es jemals in Deutschland gegeben hat.
 - Dem derzeitigen Rechtsruck in der Gesellschaft und dem Aufstieg der AfD müssen wir als LINKE deutlich etwas entgegensetzen. Sozial Benachteiligte dürfen nicht gegen andere Benachteiligte ausgespielt werden.
- Wir brauchen eine starke LINKE Stimme gegen diese Politik! D.h. für mich, wir brauchen im Wahlkampf und natürlich auch außerhalb des Wahlkampfes eine LINKE-Politik, die sich um die Menschen kümmert und gemeinsam mit ihnen und sozialen Bewegungen (vor Ort) gegen die soziale Kälte in diesem Land kämpft! Dabei will ich gerne mit-

helfen. Die letzten drei Jahre habe ich als stellvertretender Bundesvorsitzender der LINKEN Parteiarbeit in allen Politikfeldern, mit Schwerpunkt Außen- und Frie-



denspolitik gemacht, auch und gerade nachdem es 2013 knapp nicht zur Wahl in den Bundestag gereicht hatte.

Hiermit bewerbe ich mich um Platz 4 der Landesliste der LINKEN, um in den Bundestag einzuziehen.

Es wäre schön, wenn so Freiburg und die Region Südbaden diesmal endlich ein LINKE-Bundestagsmandat bekommen!

Richard Pitterle, 57 Jahre, Bundestagsabgeordneter, Rechtsanwalt, Wahlkreis Böblingen

Ich bitte erneut um Euer Vertrauen für Platz 4 der Landesliste, damit ich mit meinem Team meine Arbeit der letzten Jahre als Steuer- und Rechtspolitiker im Bundestag fortsetzen kann.

Mit meiner Kandidatur und im Wahlkampf will ich einen Beitrag zur Stärkung der LINKEN, für die Abwahl der Merkel-Regierung und die Zurückdrängung der AfD leisten.

Nicht nur als Fachanwalt für Arbeitsrecht, sondern auch als Arbeiterkind – meine Eltern haben bis zu ihrer Rente beim Daimler am Band gearbeitet – ist es mir besonders wichtig, dass wir in Deutschland endlich Steuergerechtigkeit und eine Umverteilung des Vermögens erreichen.

Dafür braucht es eine echte Reform der Erbschaftssteuer, die dafür sorgt, dass das Gemeinwesen wieder autofinanziert werden kann. Man muss wirksam gegen Steueroasen wie Panama vorgehen, endlich eine Finanztransaktionssteuer einführen und Geldwäsche viel aktiver bekämpfen.

Außerdem will ich meine Arbeit als Obmann im Cum Ex Untersuchungsausschuss über die Machenschaften deutscher Finanzunternehmen fortsetzen. Es muss endlich Klarheit darüber herrschen, wer alles davon gewusst hat

und warum es nicht unterbunden wurde.

Seit meinem 15. Lebensjahr bin ich politisch aktiv. Zunächst trat ich in die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ein. Lange war ich Kreisvorsitzender der VVN im Kreis Böblingen und bekämpfte alte und neue Nazis. In den 80er Jahren beteiligte ich mich an der Gründung und den Aktivitäten der Friedensbewegung in Böblingen. Ab 1991 bis 1998 war ich Landesschatzmeister der PDS in Baden-Württemberg. Ende 1996 gründete ich die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg mit und verwaltete sieben Jahre lang ihre Finanzen.

Seit der Gründung der Partei DIE LINKE im Kreis Böblingen im Juli 2007 war ich Teil des Kreisvorstands. 2009 und 2014 wurde ich zum Gemeinderat der Stadt Sindelfingen gewählt. Ebenfalls 2009 zog ich als Abgeordneter über die Landesliste der LINKEN in Baden-Württemberg in den Deutschen Bundestag ein.



Ich bin überzeugt, dass DIE LINKE etwas zum Besseren verändern kann. Schon in den 90er, als wir besonders im Westen kaum Aussichten auf Erfolg hatten, habe ich aus tiefer Überzeugung immer für die Sache gestritten. Deswegen möchte ich meine Arbeit im Bundestag fortsetzen.

Die Kreiswahlversammlung der LINKEN im Kreis Böblingen hat mich am 9. Juli 2016 einstimmig zum Wahlkreis-kandidaten gewählt und unterstützt meine Kandidatur. Mit solidarischen Grüßen, Euer Richard Pitterle

Simon Pschorr, 24 Jahre, Rechtsreferendar am Landgericht, KV Konstanz

Ich bewerbe mich um Platz 6 der Landesliste. Als junger Kandidat möchte ich der Generation eine Stimme geben, die sich mehr und nicht weniger Gerechtigkeit, mehr und nicht weniger Weltoffenheit und mehr und nicht weniger Frieden wünscht.

Bereits während meines abgeschlossenen Jurastudiums mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Sozialrecht habe ich mich intensiv mit dem sozialen Sicherungssystem beschäftigt. Dieses Wissen und meine Bemühungen um eine Politik der ArbeitnehmerInnen möchte ich in meine Parlamentsarbeit einfließen lassen. Darüber hinaus habe ich mich als Referent bei diversen Veranstaltungen ausführlich mit TTIP und CETA beschäftigt und möchte mich auch den Außenhandel betreffend im Bundestag einbringen.

Seit meinem Umzug nach Konstanz im Jahr 2012 bin ich in der Partei DIE LINKE auf kommunaler und auf Kreisebene aktiv. Für linke Inhalte interessiere ich mich bereits seit meiner Jugend, spätestens seit ich während eines Aufenthalts in China die unmenschlichen Produktionsbedingungen in einer Fabrik für Textilien für den europäischen Markt, hautnah erleben musste. Auch war ich bei den

Schüler- und Studentendemonstrationen gegen die Einführung des G8 und für die Abschaffung von Studiengebühren dabei und stehe daher für eine einheitliche Bildungspolitik, um allen Kindern egal welcher Hautfarbe, Religion und sozialen Status gleiche Chancen zu ermöglichen.

In Konstanz habe ich bereits für den Landtag kandidiert und hier das bisher beste Wahlkreisergebnis für DIE LINKE erzielt. Momentan arbeite ich an einer besseren Vernetzung von Partei und Jugendverband um ein gemeinsames Engagement zu fördern. Nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir etwas bewegen. Wir müssen gemeinsam den Menschen ihre Hoffnung und Würde zurückgeben! Deshalb engagiere ich mich in meiner Freizeit in der Rechtsberatung „LAW & LAKE“ besonders für ArbeitnehmerInnen und BezieherInnen sozialer Leistungen, unterstütze die Rechtsberatung für Geflüchtete und stehe der Flüchtlingshilfe im Kreis helfend zur Seite.

Für uns gilt es nicht nur, eine Brücke zwischen Jung und Alt zu schlagen, um zu verhindern, dass die Generationen mit uns sozialer Rentenpolitik gegeneinander ausgespielt werden, sondern auch



einen Rechtsruck abzuwenden, der auch in etablierten Parteien vorstättengeht. Gesellschaftlicher Zusammenhalt muss gefördert werden, damit wir gemeinsam für eine Zukunft streiten können, für die es sich zu kämpfen lohnt!

Mit solidarischen Grüßen, Simon Pschorr

Alexander Relea-Linder, 23 Jahre, Student, KV Schwäbisch-Gmünd

- Student der Politik-, Kommunikations- & Kulturwissenschaft in Friedrichshafen. Aktuell Forschungsaufenthalt an der University of Chester zum Thema Industrie 4.0
- Geboren am 01.03.1993 in Schwäbisch Gmünd
- Kreisverband DIE LINKE Ostalb
- Einstimmig im Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Gmünd zum Bundestagskandidaten gewählt
- Deutscher und rumänischer Staatsbürger

Berufliche Erfahrung:

- Praktikum: Fraktion Die LINKE im Bundestag, Büro Annette Groth
- Praktikum: Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Büro Gabi Zimmer.
- Etliche (mal besser, mal schlechter bezahlte) Aushilfsjobs am Band/Produktion oder in Gärtnereien zur Finanzierung meines Studiums

Politische Erfahrung:

- Jugendgemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd (bis Oktober 2013)
- Stellv. SPD Stadtverbandsvorsitzender Schwäbisch Gmünd (bis September 2013)
- Stellv. SPD Ortsvereinsvorsitzender Großdeinbach (bis September 2013)
- Beisitzer im SPD Kreisvorstand Ostalb (bis September 2013)
- Juso Vorsitzender Schwäbisch Gmünd

- (bis September 2013)
- Seit April 2015 Sprecher OV DIE LINKE Schwäbisch Gmünd
- Landtagskandidat DIE LINKE im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd
- Seit Juni 2016 Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE Baden Württemberg

Meine politischen Schwerpunkte:

Mehr UmFairteilung wagen: Es ist doch skandalös, dass ab einem Einkommen von 1140 Euro ein Steuersatz von 24 Prozent fällig wird, während Konzerne wie Apple, Amazon oder Starbucks in Europa mit Steuersätzen von 0,005 Prozent verwöhnt werden.

Merkel abwählen: Rot-Rot-Grün im Bund mit der Linken kann es nur geben, wenn die Grundrichtung der Politik sich verändert. DIE LINKE ist nicht dafür da, in einem neuen Farbenspiel die gleiche Politik fortzusetzen, die seit Jahren die Menschen enttäuscht. Das würde am Ende nicht die AfD schwächen, sondern sie noch wesentlich stärker machen. Falls aber SPD und Grüne am Ende lieber Merkel zum vierten Mal ins Amt hieven, statt mit uns an einem Politikwechsel arbeiten zu wollen, sollte uns jedoch niemand vorwerfen können, dass wir nicht alles für einen Politikwechsel getan haben.

Waffenexporte verbieten: Mehr kann man dazu auch gar nicht sagen, da es meiner Meinung nach kaum etwas Aso-



zialeres gibt, als mit Waffenexporten auf Kosten von Menschenleben Profit machen zu wollen.

Leistungsgerechtigkeit: Wer Jahrzehnte lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht in die Armutsfalle abrutschen. DIE LINKE muss sich daher für einen gerechteren Mindestlohn, eine Mindestrente und gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse massiv einsetzen!

Stärkung Ländlicher Raum: Zuletzt sind wir zweimal kläglich bei Landtagswahlen gescheitert. DIE LINKE wird auch in Zukunft, trotz toller Zuwächse in Großstädten auch eine starke Vertretung im ländlichen Raum benötigen, um sich kommunal und landespolitisch etablieren zu können. Daher bitte ich euch auf der LandesvertreterInnenversammlung um euer Vertrauen.

Bernd Riexinger, 61 Jahre, Parteivorsitzender, KV Stuttgart

Geboren am 30. Oktober 1955 in Leonberg, Ausbildung zum Bankkaufmann, später Geschäftsführer von Verdi Stuttgart, seit 2012 Parteivorsitzender DIE LINKE.

Als Gewerkschafter bin ich davon überzeugt, dass Erwerbslose, Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit brauchen. Eine starke Stimme für eine friedliche Außenpolitik – ohne Rüstungsexporte und Kriege. Nur wenn die anderen Parteien von links unter Druck kommen, besteht die Chance, den neoliberalen Verwüstungen im Interesse des Kapitals etwas entgegen zu setzen. Dieser Druck zur Veränderung kann nur entstehen, wenn DIE LINKE stark ist – in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet.

Deswegen habe ich 2004 die WASG mitgegründet, wurde zum Landessprecher in Baden-Württemberg gewählt, war dann Landessprecher der LINKEN und bin seit 2012 mit Katja Kipping Parteivorsitzender. Wir haben die Partei in einer schwierigen Phase übernommen und erfolgreich wieder zusammengeführt.

Nun bitte ich um Euer Vertrauen, auf Platz eins der Landesliste kandi-

dieren zu dürfen. Derzeit weht uns der Wind ins Gesicht, eine rechtspopulistische Partei ist mit der AfD im Aufwind. Viele Genossinnen und Genossen und unsere Büros werden von Rechten bedroht oder angegriffen. Ich bin stolz auf unsere Partei: darauf, dass wir standhaft geblieben sind, klare Kante gegen Rassismus und rechte Gewalt gezeigt haben, dass wir im Bund stabil geblieben sind und viele junge Leute in die Partei eingetreten sind.

Um noch stärker in die Offensive kommen zu können, müssen wir die soziale Frage ins Zentrum stellen, ohne den Kampf gegen Rassismus und für Frieden zu vernachlässigen. Im Bundestag werde ich mich für die Beschäftigten einsetzen: Für gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Für einen Mindestlohn von 12 Euro. Für Renten, die den Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern. Für mehr Personal in Gesundheit und Pflege. Dafür, dass Erwerbslose nicht ins Bodenlose fallen. Ich werde meine Stimme für ein Verbot von Rüstungsexpor-



ten und eine Außenpolitik erheben, die sich nicht von Despoten abhängig macht. Ich streite für einen sozialökonomischen Umbau; dafür, die Banken und Konzerne zu entmachten - für ein sozialistisches, kapitalismuskritisches Profil der LINKEN.

Ein grundlegender Politikwechsel entsteht nicht nur im Parlament, sondern, wenn es gesellschaftliche Mehrheiten für linke Alternativen gibt und sich Menschen in Gewerkschaften, Initiativen, sozialen Bewegungen dafür engagieren. Ich werde meine ganze Kraft weiter dafür einsetzen, dass DIE LINKE innerhalb des Parlaments und im Alltag etwas verändert.

Ich danke Euch für Eure Unterstützung. Bernd Riexinger

Jasmin Shivanthi Runge, geboren am 04.04.1993 (23 Jahre) auf Sri Lanka, Kinderpflegerin und Studentin, KV Ravensburg

Kinderpflegerin und Studentin der Politikwissenschaft, Soziologie und Verwaltungswissenschaft, KV Ravensburg –Mitglied im Landesausschuss, -parteitag und -vorstand Baden-Württemberg; Patin SOS.Kinderdorf –Kamerun; Mitglied bei Verdi und Amnesty International.

Politische Schwerpunkte: Bildungs-Sozialbereich-Behindertenrechte; Entwicklungspolitik –Rassismus; Kommunalpolitik-Landwirtschaft.

In einem entwicklungspolitischen Jahr in Vietnam mit Straßenkindern aus Prostitution und Menschenhandel, einem Land das die Frauenrechte nicht akzeptiert, in denen Mädchen zur Prostitution gezwungen werden, Kinder und Jugendliche unter Brücken schlafen, habe ich in den Slums mit den Behörden gelernt was Ausdauer und Durchsetzungskraft bedeuten. Durch Öffentlichkeitsarbeit konnte ich in Deutschland Spendengelder sammeln, welche zur Förderung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche eingesetzt wurden.

Als Kinderpflegerin muss ich feststellen, dass in Deutschland für soziale Kinder- und Jugendarbeit zu wenig ge-

tan wird. Das Einkommen der Pflegekräfte ist in Anbetracht ihrer Verantwortung und Aufgabe viel zu gering.

Auch in meiner Familie spüre ich Zukunftssorgen. Mein Vater erhält eine kleine Rente und meine Mutter hat 3 Putzstellen um über die Runden zu kommen. Der Mindestlohn muss auf 12 Euro gesetzt werden und auch die älteren Menschen müssen eine Mindestsicherung erhalten.

Mit Immigrationshintergrund bin ich aus einem Land gekommen, in dem der Bürgerkrieg an der Tagesordnung war. Mit einem deutschen Hauptschulabschluss, wurde mir immer gesagt „das schaffst du nicht“ - egal was ich vor hatte. Ich möchte Menschen motivieren und ihnen zeigen, dass alles möglich ist, egal welcher Herkunft oder Religion man ist.

Wir müssen in Zukunft positiv polarisieren, mehr moderne Medien nutzen, um mehr Leute mit unserem Programm zu überzeugen. Wir müssen klar vermitteln für was WIR stehen und das WIR die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen - ihre Wunschvorstellungen aber nur erfüllen können, wenn sie uns ihre Stimme geben.



Ich bitte von Herzen um euer Vertrauen in mich, denn ich finde es wichtig, dass mehr junge Menschen im Bundestag aktiv mitarbeiten und wir neue Impulse setzen können. Ich bin mir sicher, dass wir dies als Partei DIE LINKE schaffen

Sascha Sánchez Beyrer, 23 Jahre, Kaufmann im Groß- und Außenhandel, KV Ulm/Alb-Donau

Anfang dieses Herbstes bin ich der LINKEN in Ulm beigetreten. Wenige Wochen später zeugte mir der KV Ulm/Alb-Donau ihr Vertrauen und wählte mich zu einem der neuen Vorstandsmitglieder in welchem ich als Bildungsbeauftragter den mir übergebenen Aufgaben stets nachkomme und neue Wege suche.

Politisch interessiert bin ich seit ich frische 17 Jahre wurde und einst die Probleme der Wirtschaftskrise selbst erfahren musste. Je tiefer ich in das Thema Wirtschaft und Politik eindrang, desto dramatischer zeichnete sich mir der mehr als nur dringliche Handlungsbedarf ab.

Als logisch denkender Mensch, der sich nicht schwer tut 1 und 1 zusammen zu zählen bemerkte ich, dass sich nur die Linke wirklich aktiv für einen Politik-Wechsel einsetzt. Nach den Jahren 2014, 2015 des tatenlosen Zuschauens hatte ich

Peter Schimke, 62 Jahre, Vaihingen/Enz, KV Ludwigsburg, Nachrichtentechniker, im Vorruhestand der Altersteilzeit

Für eine sozialere Politik im Bund.

Der Kreisvorstand Ludwigsburg schlug mich als Direktkandidat für den Wahlkreis (WK) 265, Ludwigsburg auf der am 15.11.16 stattgefundene Nominierungsmittgliederversammlung vor. Auf dieser Wahlmitgliederversammlung wurde ich einstimmig als Direktkandidat gewählt und erhielt die Unterstützung, ab dem Listenplatz 10 der Landesliste zu kandidieren.

Zu meiner Person: Ich bin 62 Jahre alt und von Beruf Nachrichtentechniker. Ich bin verheiratet und Vater von vier erwachsenen Kindern sowie Großvater von zwei Enkelkindern. Mein Wohnort ist in Vaihingen/Enz. Dort war ich einst Gründungsmitglied der Vaihinger Grünen, trat jedoch 1998 wegen deren zustimmenden Haltung zum Jugoslawienkrieg aus. 2004 schloss ich mich als Gewerkschafter und IG Metallmitglied der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) an, die 2007 mit der PDS zur Partei DIE LINKE fusionierte. Ab 2009 wurde ich in den Ludwigsburger Kreistag und 2014 in den Gemeinderat von Vaihingen/Enz gewählt. Seit 1976 bin ich bei der Firma Robert

also die Schnauze von der gegenwärtigen Weltpolitik voll und entschloss mich aktiv zu werden.

In unserem Kreisverband lerne ich derzeit noch viel über Politik, was es heißt ein Politiker zu sein und bei sozialen Projekten mitzuwirken. Diese Aufgaben sehe ich als meine Zukunft. Derzeit bin ich angestellter Kaufmann im Groß- und Außenhandel bei einem mittelständischen Familienbetrieb. Hier bemerkte ich schnell, wie sich geopolitische Entscheidungen negativ auf die Mittelschicht auswirken kann durch Währungskurschwankungen, EU-Richtlinien und außenpolitischen Sanktionen (z.B. gegen Russland). Als Mitglied des Bundestages könnte ich meine Auf-



fassungsgabe, Zielstrebigkeit und mein grenzenloses Engagement nutzen. In dem Bestreben für eine neue und endlich wieder handlungsfähige Politik in Deutschland und Europa möchte ich daher aktiv bei der Ausarbeitung und dem Kampf für unsere Ziele mitwirken.

Bosch beschäftigt. 1994 wählten mich die KollegInnen vom Standort Schwieberdingen in das Betriebsratsgremium – seit 1998 bin ich für Betriebsratsarbeit von der Projektarbeit freigestellt.

Als Kernthema für den Bundestagswahlkampf 2017 setze ich mich für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ein. Der Sozialabbau wurde massiv unter Rot-Grün mit den Hartz-IV-Gesetzen und mit der Mitwirkung an Militäreinsätzen im Ausland begonnen. Diese Politik hat die große Koalition fortgesetzt und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich weiter vorangetrieben. Es ist mir wichtig, dass es im Bundestag eine starke linke Kraft gibt, sonst regieren die neoliberalen Parteien das Land in eine finanzielle und soziale Katastrophe. Wir - DIE LINKE - wirken ebenso im Parlament wie außerparlamentarisch, nur so können wir auf die momentane Politik Einfluss nehmen.

Vor Ort setze ich mich im Kreistag mit meinen 3 GenossInnen unter anderem für eine wohnortnahe Krankenhausversorgung sowie eine bessere Bezahlung und Anerkennung der Sozialberufe ein.



Um preiswerten Mietwohnraum zu schaffen plädiere ich für die Neuaufgabe eines Bundeswohnbauprogramms, mit dem der Bau sozialer Mietwohnungen wieder angekurbelt werden könnte. Weiter spreche ich mich gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum wie z. B. der Bahn oder den Autobahnen aus. Die Bundeseinnahmen können nur durch eine gerechte Steuerpolitik verbessert werden.

Johanna Tiarks, 33 Jahre, Krankenpflegerin, KV Stuttgart

Ich bin Johanna Tiarks und 33 Jahre alt. Ich bin gelernte Gesundheits- und Krankenpflegerin und habe auf einer onkologischen Station gearbeitet. 2008 wurde mein Sohn Ilias geboren, mit dem ich in einer Ein-Eltern-Familie lebe. Nach einem Jahr Elternzeit habe ich erste B.A. Pflegemanagement und im Anschluss M.A. Pflegewissenschaft studiert. Ich bin schon lange berufspolitisch im Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) aktiv. Dieses Engagement ermöglichte

mir, einen Überblick über die berufspolitische Situation zu erhalten und zeigte mir auf, dass wir in der Politik eine starke Vertretung der Pflege brauchen. Aufgrund dieser Überzeugung trat ich in die Partei Die Linke ein und startete meine parteipolitische Arbeit. Da ich schon bei der letzten Landtagswahl angetreten bin, möchte ich gerne meine Erfahrungen bei einer



Bundestagskandidatur einbringen.

Ich stehe für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Gesundheit darf nicht in wettbewerbsorientierten Konzernen, wo der Mensch droht dem Profit untergeordnet zu werden, organisiert werden. Eine Finanzierung über einen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung würde es ermöglichen, die dringend benötigten 100 000 Pflegefachkräfte einzustellen.

Es gilt klar der Grundsatz: Gesundheit ist keine Ware. Es braucht unabhängig von Vermögen und Einkommen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung.

Jessica Tatti, 35 Jahre, Sozialarbeiterin, Stadträtin, KV Reutlingen

- Beruf: Sozialarbeiterin, Flüchtlingssozialdienst, AWO Esslingen
- Aktivitäten: Kreis- und Landesvorstand, LAG Hartz IV, Landtagskandidatin 2016
- Ehrenamt: Stadträtin LINKE LISTE Reutlingen Vorstand Arbeiterbildung e. V.
- Mitgliedschaften: ver.di, Deutscher Mieterbund, Flüchtlingsrat u.a.

2010 bin ich in DIE LINKE eingetreten, weil ich mit euch für eine solidarische Gesellschaft ohne Armut, Krieg und Rassismus kämpfen will.

Arbeitsmarkt und Sozialstaat

Die Folgen der Agenda 2010 und ihrem Kernelement Hartz IV verschärfen sich, je länger ihre Gesetze gelten: Leiharbeit und atypische Beschäftigung werden missbräuchlich ausgeweitet, das Arbeitslosengeld II dient als Kombilohn für billige Arbeitskräfte, die Altersarmut nimmt zu. Deshalb bleibt die Rückabwicklung von Hartz I - IV Hauptantrieb meiner politischen Aktivität. Ich setze mich für die sofortige Erhöhung der Regelsätze, eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine solidarisch finanzierte Rente ein.

Für alle.

Die alleinerziehende Verantwortung für mein Kind während meiner Hochschulausbildung hat meinen Blick auch für die Bildungsproblematik geöffnet. Bildungserfolg ist immer noch abhängig von der sozialen Herkunft. Kinder müssen schon frühzeitig gemeinsam lernen. Das fängt an in Kindergärten, in qualitativ und quantitativ gut ausgerüsteten Einrichtungen. Es kann nicht sein, dass der Kindergartenausbau zwar forciert wird, aber dann sie notwendigen Mittel für eine hochwertige Betreuung nicht bereitgestellt werden.

Wohnungspolitik

Steigende Mieten und zunehmende Verteilungskämpfe am Wohnungsmarkt können nur durch den massiven Neubau von bezahlbarem Wohnraum und Sozialwohnungen gestoppt werden. Insbesondere Wohnraum in öffentlicher Hand muss gefördert werden, um die Privatisierung des Wohnungsmarktes einzudämmen, und den Kommunen und ihren Wohnungsbau-gesellschaften die angemessene Schaffung von mietpreisgebundenem Wohnraum zu ermöglichen.

Flucht und Integration

Durch meine Arbeit bin ich im ständigen Kontakt mit geflüchteten Menschen. Beengte Gemeinschaftsunterkünfte, hohe Betreuungsschlüssel und die Defizite des Bildungssystems behindern den Integrationsprozess. Dublin III ist gescheitert, und bewirkt ein schändliches Hin- und Herschieben von Menschen zwischen EU-Staaten. Die außenpolitische Strategie Deutschlands, Fluchtrouten zu schließen und die Liste sicherer Herkunftsstaaten willkürlich zu verlängern, ist inhuman. Notwendig sind solidarische europapolitische Regeln, ein Stopp von Waffenexporten und gerechte Handelsstruk-

turen statt Ausbeutungsabkommen mit Entwicklungsländern. Um DIE LINKE Baden-Württemberg stark zu machen, ist die konkrete Unterstützung in der Fläche notwendig, die auch intensiver von den Abgeordnetenbüros ausgehen muss. Die Landtagswahlen haben gezeigt, dass wir hier Nachholbedarf haben. Dafür bitte ich um eure Unterstützung. tatti@linke-bw.de, [facebook.com/tatti.jessica](https://www.facebook.com/tatti.jessica)



turen statt Ausbeutungsabkommen mit Entwicklungsländern. Um DIE LINKE Baden-Württemberg stark zu machen, ist die konkrete Unterstützung in der Fläche notwendig, die auch intensiver von den Abgeordnetenbüros ausgehen muss. Die Landtagswahlen haben gezeigt, dass wir hier Nachholbedarf haben. Dafür bitte ich um eure Unterstützung. tatti@linke-bw.de, [facebook.com/tatti.jessica](https://www.facebook.com/tatti.jessica)

Werner Zieger, 53 Jahre, Rentner wg. Erwerbsminderung, verheiratet 1 Kind, KV Rhein-Hardt

Politische Laufbahn:

Mein Eintritt in die Partei war 2009, seit März, 2014 Schatzmeister im Rhein-Hardt- Kreis, gewählter Landesdelegierter des Kreises und im Nov. 2015 wurde ich zum Bundesdelegierten gewählt.

Am 02.11.2016 wurde ich Direktkandidat im Wahlkreis 278 Bruchsal – Schwetzingen.

Politische Ziele:

Ich kämpfe für den Erhalt und Wiederherstellung der Bürgerrechte sowie die Abschaffung der menschenverachtenden Agendareformen unter SPD und Grüne.

Ich möchte dazu beitragen, dass die Fraktion im Bundestag eine klare anti-kapitalistische Stimme erhält, um eine

starke Opposition, gegen die neoliberalen Machenschaften der Regierung und so ein sozialistisches Bollwerk entgegensteht.

Der Kampf für Renten die vor Armut schützen, die Chancengleichheit aller Bürger, insbesondere Kinder, in Ausbildung und sozialer Durchlässigkeit.

Ich will dafür kämpfen, für ein Land indem es keine Rolle spielt welchen gesellschaftlichen Status man hat oder wie die monetäre Ausstattung einer Familie ist um die soziokulturelle Teilhabe zu garantieren.

Ich bin der festen Überzeugung, dass eine sozialistische, humanistische und die Würde des Menschen achtende Gesellschaft die Voraussetzung für ein fried-



ches und harmonisches Zusammenleben

innerhalb der Gesellschaft erst möglich macht. Das sollte unser aller Ziel sein, so dass wir in einer menschenwürdigen Gesellschaft leben können. Zudem will

ich meine Kraft dafür einsetzen um gemeinsam den Widerstand gegen Krieg, Militarisation und neoliberale Angriffe auf die Lebensbereiche der Menschen zu

verhindern. Ich verstehe meine Kandidatur als Bindeglied zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit die sich ergänzt.

Kriterien für unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl; Beschluss des Landesvorstandes vom 18.9.2016

1. Fähigkeit und Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung der außerparlamentarischen Arbeit auf Grundlage des Programms und des auf dem Bundesparteitag zu beschließenden Wahlprogramms.
2. Fachliche Qualifikation in mindestens einem Politik-Bereich und Kompetenz bei den zentralen inhaltlichen Schwerpunkten des Wahlprogramms.
3. Fähigkeit zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten. Bereitschaft, bei der Wahlkampf vorbereitung mitzuarbeiten und an Seminaren für WahlkreiskandidatInnen teilzunehmen.
4. Beruflicher und privater Werdegang, der den Grundsätzen der Partei nicht widerspricht.
5. Bisherige Arbeit und Anerkennung z.B. in kommunalen, sozialen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen, feministischen, ökologischen, internatio-

- nalistischen, antimilitaristischen oder kulturellen Zusammenhängen - überregional oder vor Ort.
6. Aktive Unterstützung der Arbeit des Landesverbandes, der Gewinnung neuer Mitglieder, Unterstützung des Jugendverbandes, positive Haltung zum linkspluralen Charakter der Partei.
7. Befürwortung der Geschlechterdemokratie, Einhaltung der Quotierung auf der Landesliste.
8. Zahlung des monatlichen Mitgliedsbeitrags entsprechend Beitragstabelle plus Bereitschaftserklärung, für die Partei zusätzlich einen angemessenen Mandatsträgerbeitrag zu spenden.
9. Der Landesvorstand legt Wert auf die Bereitschaft, das jeder/jede MandatsträgerIn ein Wahlkreisbüro in der Region unterhält und personell gut ausstattet. Nach Möglichkeit Zweidrittel, mindestens aber die Hälfte der finanziellen Ressourcen und der Beschäf-

- tigtenressourcen sollen für parlamentarische Arbeit im Wahlkreis und in der Region Baden-Württemberg eingesetzt werden.
10. Die Abgeordneten der LINKEN aus Baden-Württemberg bilden eine Landesgruppe und gewährleisten gemeinsam eine optimale politische Präsenz der Bundestagsfraktion mit regionalen Büros. Es besteht die Bereitschaft, vor der Einstellung von Personal in den Wahlkreisbüros den jeweiligen Kreisvorstand und den Landesvorstand anzuhören.
11. Regionale und thematische Verteilung: Der zu wählende Landesliste sollte aus einem Team bestehen, bei dem Regionen und unterschiedliche Spektren der politischen Arbeit berücksichtigt sind. Auf den aussichtsreichen Listenplätzen sollen Kandidatinnen und Kandidaten aus allen vier Regierungsbezirken vertreten sein.

Beschluss des Parteivorstandes, Berlin 9. April 2016

Für Kandidaturen zu den Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag gelten folgende Kriterien:

I. DIE LINKE orientiert darauf, Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit eintreten, die in der Partei durch ihre politische Arbeit oder ihr öffentliches Wirken im Sinne der Ziele der LINKEN verwurzelt sind.

Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der Partei DIE LINKE sind als Mitglieder dem Erfurter Programm sowie dem Bundestagswahlprogramm verpflichtet; als Nichtmitglieder stehen sie den dort formulierten Grundsätzen nahe.

Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten,

- dass sie die Programmatik der Partei DIE LINKE aktiv vertreten und sich im Wahlkampf von der Wahlstrategie der Partei leiten lassen;
- politische und fachliche Kompetenz, politische und rhetorische Kommunikationsfähigkeiten sowie moralische Integrität;
- die Bereitschaft, die eigene politische Biographie offen zu legen;
- den Wahlkampf in enger Abstimmung mit der Bundeswahlkampfleitung der Partei und dem Bundeswahlbüro zu führen;
- Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten, sich am gemeinsamen Internet-Auftritt zu beteiligen und eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten;
- Beratungs- und Trainingsangebote wahrzunehmen,

Wir erwarten von unseren Abgeordneten,

- eine ausgeprägte Basisverbundenheit
- Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern
- die Bereitschaft, sich bei der Einrichtung von Wahlkreisbüros mit dem jeweiligen Landesvorstand abzustimmen und sich an dem vom Parteivorstand zu entwickelnden Qualitätskriterien für Wahlkreisbüros zu orientieren, dazu gehören u.a. offene, weitgehend barrierefreie und dem Anspruch der Kümmererpartei folgende Büros
- eine existenzsichernde Bezahlung ihrer Beschäftigten, mindestens in Anlehnung an den Öffentlichen Dienst
- Parteitagebeschlüsse zu beachten
- sich an inhaltlichen Diskussionsprozessen der Parteigremien zu beteiligen und diese zu befördern
- regelmäßig an Plenar-, Fraktions-, Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen sowie an bundesweiten Treffen der Sprecherinnen und Sprecher für ihre Fachgebiete teilzunehmen
- ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte vollständig transparent zu machen
- gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Fraktion Möglichkeiten einer büroübergreifenden betrieblichen Mitbestimmung für persönlich beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen.

Mit den Bewerberinnen und Bewerbern für Kandidaturen auf den Listen der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017 werden schriftliche Vereinbarungen über ihre Bereitschaft getroffen, die genannten Kriterien anzuerkennen und zu

erfüllen, die Mitgliedsbeiträge entsprechend der gültigen Beitragstabelle der Partei zu entrichten und jährlich bei entsprechenden Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigungen anzupassen sowie Mandatsträgerbeiträge gemäß Bundessatzung sowie den zwischen dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion zu treffenden Vereinbarungen zu entrichten.

II. Zur Höhe des Mandatsträgerbeitrages der Abgeordneten der Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag für die 19. Legislaturperiode

1. Der gemäß Bundessatzung und Bundesfinanzordnung zu entrichtende Mandatsträgerbeitrag der Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag wird ab der 19. Legislaturperiode auf monatlich 15% der monatlichen Abgeordnetenentschädigung (Diäten) (2013 entsprach das 1.250 Euro) und eventuellen Funktionszulagen festgelegt. Nach den jährlichen Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigungen werden die Mandatsträgerbeiträge entsprechend angepasst.
2. Der monatliche Mandatsträgerbeitrag wird um 100 Euro für jede Person, für die die/der Abgeordnete unterhaltsverpflichtet ist, vermindert.
3. In Abstimmung mit dem Fraktionsvorstand schließt der Parteivorstand mit den gewählten Abgeordneten jeweils Vereinbarungen über die Höhe des zu entrichtenden Mandatsträgerbeitrages ab.

Verantwortlich: Bundesschatzmeister

LAG Hartz 4

Jürgen Steinhof, 0171/1949775, steinhof55@hotmail.com

LAG Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

LAG Linke Unternehmer/innen

Volker Bohn, 0151-14906528, volker.bohn@dielinke-unterland.de

LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

LAG Queer

Christian Stähle, 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, 07071/7786685, gotthilf.lorch@amici-tue.de

**Hochschulgruppen
DIE LINKE.SDS**

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

**Bundestags-
abgeordnete**

**Regionalbüro
Ostwürttemberg**

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heikehaensel.de • Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heikehaensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe. Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de • Regionalbüro Freiburg, Karlstr. 10, 79098 Freiburg, Tel: 0761-29 28 07 30, info@dielinke-freiburg.de, www.die-linke-freiburg.de

**Wahlkreisbüro Michael
Schlecht**

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr.

3a, 70178 Stuttgart; michael.schlecht@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Annette
Groth**

Wilhelmstr. 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 43, Tel.: 07541/6 01 72 44, annette.groth.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Richard
Pitterle**

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle.ma07@bundestag.de, www.richard-pitterle.de Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Aufgeführt sind die alle bekannten Mandatsträger/innen, die Mitglieder der LINKEN sind oder über (Bündnis-)Listen der LINKEN gewählt wurden.

**Regionalversammlung
Stuttgart**

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org), Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org), Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de)

Kreistage

BIBERACH: Ulrich Widmann (ulwidmann@aol.com); **BÖBLINGEN:** Markus Arnold (markus.arnold.bb@gmx.de), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de), Jochen Findeisen (attacnt@yahoo.de), Reinhold Riedel (reinhold.riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de); **HEILBRONN:** Johannes Müllerschön (johmuellerschoen@nexgo), Florian Vollert (florian.vollert@gmx.de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern (ernstkern@gmx.de); **KARLSRUHE:** Jürgen Creutzmann (creutzmannjuergen@web.de); **KONSTANZ:** Marco Radojevic (marco.radojevic@gmx.de), Hans-Peter Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen Kemmerle (kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de), Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de), Walter Kubach (walter.kubach@t-online.de), Annegret Jeziorski (taz_anne2003@yahoo.de);

MAIN-TAUBER: Rolf Grüning (rechtsanwalt-gruening@t-online.de); **ORTENAU:** Andreas Kirchgöbner (solylibertad@web.de), Lukas Öbwald (lukas.forst-arbeiten@gmx.de); **OSTALB:** Veronika Stossun (stossun@online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **RAVENSBURG:** Till Bastian (t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de), Wolfgang Nippe (nippe@posteo.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober, Christian Hinrichsen: kreis-tag@die-linke-rems-murr.de **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz (p.braunseitz@t-online.de), Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de), Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Detlef Gräser (d.graeser@web.de), Mandy Vacklahovsky (vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Margit Paal (maggie@lu15.de), Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher (kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele (portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser (a.u.t.hauser@t-online.de)

Stadt- und Gemeinderäte

AALEN: Roland Hamm (roland.hamm@gmx.de), Cora Berreth (coraberreth@gmx.de); **BAD SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa (2066@freenet.de); **BIBERACH:** Ralph Heidenreich (ralph@ralph-heidenreich.de); **BRACKENHEIM:** Volker Bohn (volker.bohn@die-linke-heilbronn.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth (h.fuelberth@gmx.de); **BRUCHSAL:** Thurid Feldmann (info@thurid-feldmann.de); **FELLBACH:** Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **ESSLINGEN:** Martin Auerbach, (auerbach.martin@web.de), Tobias Hardt (tobiashardt@web.de); **FREIBURG:** Michael Moos (michael.moos@linke-liste-freiburg.de), Hendrikk Guzzoni (hst.guzzoni@web.de), Ulrike Schubert (ulmischubert@gmx.de), Lothar Schuchmann (lothar_schuchmann@gmx.de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef Mayer (seppmayer@buchholz6.de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag (holger.schrag@sch-it.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de), Hüsnüye Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Sahra Mirow (sahramirow@googlemail.com), Bernd Zieger (zieger-b@t-online.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de), Norbert Fandrich (lisa.fandrich@t-online.de); **HEILBRONN:** Hasso Ehinger (ehinger.

hasso@web.de); **KARLSRUHE:** Nikolaos Fostiropoulos (niko@fostiropoulos.de), Sabine Zürn (sabinez@viacanal.de); **KONSTANZ:** Holger Reile (h.reile@seemoz.de), Anke Andrea Schwede (anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org); **LAHR:** Lukas Öbwald (lukas.forst-arbeiten@gmx.de), Sonja Rehm (sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitte Hutter (gitte.hutter@leo-linke.de); **LEINFELDEN-ECHTERDINGEN** Claudia Moosmann; **LÖRRACH:** Mateo Di Prima (m.diprima@web.de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper (thomas.trueper@mannheim.de), Göky Akbulut (goekayakbulut@gmail.com); **PFORZHEIM:** Claus Spohn (claus.spohn@online.de), Peter Pfeiffelmann (peter.pfeiffelmann@stadt-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de), Jessica Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Christian Hörburger (hoer.obernau@t-online.de), **SCHWÄBISCH GMÜND:** Sebastian Fritz (seba_fritz8@web.de), Fritz Buchstaller (chirurgiebuch@t-online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **SINDELFINGEN:** Richard Pitterle (richard.pitterle@linke-bb.de), Margarete Mohr (peggy_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller (mueller.sipplingen@gmx.de); **STUTTGART:** Thomas Adler (tomadler@01019freenet.de), Laura-Zarita Halding-Hoppenreit (lauraskingsclub@aol.com), Christoph Osazek (Christoph.Osazek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Gotthilf Lorch (gotthilf.lorch@amici-tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.rosenkranz@googlemail.com), Felix Schreiber (felix.s@hotmail.de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl (monikabehl@gmx.net), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker (uwe.peiker@t-online.de), Doris Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAIHINGEN AN DER ENZ:** Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de) **WEINHEIM:** Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Matthias Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn (paulhklahn@gmx.net)



Die Ursache: Kostendruck durch Fallpauschalen und Wettbewerb



Quelle: www.visite.linksfraktion.de

In Deutschland ist die Arbeitsbelastung besonders hoch
PatientInnen pro Pflegekraft



Quelle: ver.di

So siehts aus in der Pflege!



Zur Nachahmung empfohlen: Herrenberger Linke sammelt Unterschriften für mehr Krankenhauspersonal

Zehn Argumente Warum 100 000 Pflegekräfte mehr?



»Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger sind völlig überlastet«

1. Zu wenig Leute: Es gibt viel zu wenig Krankenhauspersonal, um alle Aufgaben zu bewältigen. Der Pflegewissenschaftler Michael Simon stellt fest, dass zwischen 1993-2013 sowohl der Leistungsumfang als auch das Leistungsniveau in Krankenhäusern erheblich erwei-

fallenden Tätigkeiten bemessen wird. In einem ersten Schritt soll die Pflegepersonalregelung (die gesetzliche Mindestpersonalbemessung) wieder eingesetzt werden. 1996 wurde diese Regelung ausgesetzt, weil der ausgerechnete Personalbedarf viel höher lag als ursprünglich geplant.

»Die Patienten und Patientinnen leiden«

Zahl des Personals aber nicht, was, dass etwa 100 000 Vollzeitstellen, um den Anstieg der Arbeit im Vergleich steht Deutschland kümmerten sich im Jahr 2010 um 100 Krankenhausbetten, in der Niederlande 29,8 und in

4. Zu wenig Zeit: Wenn zu wenige Pflegekräfte da sind, bleibt für Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen nicht genug Zeit - ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem sie Zuspruch und Zuwendung brauchen.

5. Erhöhte Gefahr: Studien und Umfragen zeigen, dass die Überlastung der Pflegekräfte für Patienten gefährlich ist. Eine Studie von Forschern der University of Pennsylvania zeigte 2014, dass mit dem Bettenmangel insgesamt 35,7 Tode mehr im Jahr 2010 im Vergleich zu 2000 zu erwarten sind. Die Überstunden werden in den meisten Krankenhäusern nicht in den Dienstplan eingepreist. Die Pflegekräfte müssen also nur gewährleisten, dass die Patienten überleben. Umgekehrt heißt das: Wenn die Überlastung groß und die Ausbildung schlecht ist, sterben auch mehr Patienten nach einer OP.

6. Hygienestandards leiden: Durch den Kostendruck ist es schwieriger, die Hygienestandards zu beachten. In den Krankenhäusern tickt eine Zeitbombe, warnte die Präsidentin

2. Zu wenig Stunden: In der Pflege ist die Überlastung ein zentrales Problem. Ver.di hat in einer Studie herausgefunden, dass die Krankenschwestern insgesamt 35,7 Stunden Überstunden im Jahr 2010 im Vergleich zu 2000 zu erwarten sind. Die Überstunden werden in den meisten Krankenhäusern nicht in den Dienstplan eingepreist. Die Pflegekräfte müssen also nur gewährleisten, dass die Patienten überleben. Umgekehrt heißt das: Wenn die Überlastung groß und die Ausbildung schlecht ist, sterben auch mehr Patienten nach einer OP.

3. Personalmangel: Ver.di und die IGKE im Bundestag fordern, dass die Krankenschwestern nur anhand von tatsächlich an-

Herr Gesundheitsminister Gröhe, in deutschen Krankenhäusern fehlen 100 000 Pflegekräfte. Die Folgen sind bekannt: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene, mehr Unfälle. **Ich fordere Sie auf: Handeln Sie!** Die Bundesregierung muss dringend per Gesetz festlegen, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten vorhanden sein müssen. www.das-muss-drin-sein.de

Das Problem: Pflegenotstand



Quelle: www.igke.de/inf/inf102



Pflegenotstand stoppen: 100 000 Pflegekräfte mehr! DIE LINKE.

Umfangreiches Material gibt es bei der Bundespartei www.die-linke.de. Das Transparent kann im Landesbüro ausgeliehen werden.